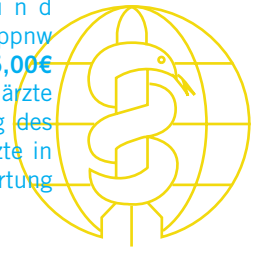


ippnw akzente

hintergrund
information der ippnw
august 2015 5,00€
internationale ärzte
für die verhütung des
atomkrieges – ärzte in
sozialer verantwortung



Krieg in der Ukraine: Frieden in Europa
nur mit ziviler Konfliktbearbeitung
Eine Textsammlung

EDITORIAL	3
DER KRIEG IN DER UKRAINE - EINE KATASTROPHE FÜR DIE MENSCHEN IN DER UKRAINE UND FÜR DEN FRIEDEN IN EUROPA	
IPPNW-Vorstandserklärung zum Krieg in der Ukraine.....	5
RISIKO ATOMWAFFEN	
Xanthe Hall.....	9
IM FALL EINER NUKLEAREN ESKALATION DER UKRAINE-KRISE: ÄRZTE WARNEN: WIR WERDEN EUCH NICHT HELFEN KÖNNEN!	
Erklärung des IPPNW-AK „Süd-Nord“, August 2015	11
UKRAINE: WEGE AUS DEM KONFLIKT	
Andreas Buro	15
UKRAINISCHE DIALOGINITIATIVEN IN DER KRISE	
Bernhard Clasen	17
„WER DEN EINSATZ VON ATOMWAFFEN ANORDNET, HANDELT VERBRECHERISCH“	
Interview mit Prof. Dr. Dieter Deiseroth	19
UKRAINE VOR DEM HERBST/WINTER 2015 THESEN ZUM NACHDENKEN UND STREITEN	
Reiner Braun	24
IPPNW-BRIEF AN OBAMA UND PUTIN	26
EMPFEHLENSWERTE ARTIKEL UND BÜCHER	27

Feindbilder abbauen

Vorwort von Susanne Grabenhorst

Der Krieg hat nicht nur katastrophale Folgen für die Menschen in der Ukraine, sondern auch für den Frieden in Europa und die internationalen Beziehungen. Russland hat nach Angaben der russischen Migrationsbehörde mehr als eine Million Menschen aus der Ukraine aufgenommen. Auch andere EU-Staaten, darunter Polen und das Baltikum, berichten über die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge. Die ukrainischen Behörden sprechen von rund 1,4 Millionen Binnenflüchtlingen. Das bedeutet, dass mehr als zwei Millionen Menschen auf der Flucht sind.

Viele vertrauensbildende Schritte und Rüstungskontrollmaßnahmen auf internationaler Ebene sind der Konfrontation zum Opfer gefallen. In der kriegerischen Auseinandersetzung zeigen sich einerseits historische Entwicklungen wie der West-Ost-Konflikt und das Ringen um Märkte, die schon lange bekannt sind, andererseits hat sich eine Dynamik entwickelt, die so nicht erwartet oder besser befürchtet war. Die Einordnung dieser beängstigenden Entwicklung und noch mehr die angemessene und wirkungsvolle Reaktion darauf ist der Friedensbewegung schwergefallen.

Wir wollen mit diesem IPPNW-Akzente einen Ausschnitt aus Einschätzungen innerhalb der Friedensbewegung geben und damit zur Diskussion anregen. Diese Debatten können helfen, Handlungsoptionen zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln. Insofern hoffen wir, einen Beitrag zu leisten für Aktionen für den Frieden in der Ukraine und gegen die Gefahr der weiteren Ausweitung des Krieges. In vielen Punkten sind sich die Autoren und Autorinnen der Artikel einig. Es gibt aber auch Einschätzungen, die divergieren. Es ist wahrscheinlich, dass die Wahrheit irgendwo zwischen den Positionen liegt, aber wo dazwischen, dazu gibt es verschiedene Meinungen, die sich auch in diesem Akzente wiederfinden.

Da stellt sich zum Beispiel die Frage: Reagiert Russland im Wesentlichen auf westliche Aggression und wie groß sind seine eigenen Anteile an der Eskalation? Und inwieweit soll in solch einer zugespitzten Situation auf Menschenrechts- und Demokratie-Probleme in Russland hingewiesen werden? Die Gefahr ist groß, dass die Feindbilder der einen Seite mit umgekehrten Vorzeichen auf der anderen gespiegelt werden. SympathisantInnen des Maidans und seine KritikerInnen stehen sich oft mit unversöhnlichen Positionen gegenüber, dasselbe gilt für die Kritik oder Sympathie gegenüber der russischen Regierung. Dabei ist jeden Tag zu erleben, dass Feindbilder und Schwarz-Weiß-Denken nicht helfen. Die anstrengende Suche nach Grautönen bleibt uns nicht erspart.

Ich meine, gerade in komplexen politischen Gemengelagen sind die Menschenrechte eine unverzichtbare Orientierung. Wenn sie als Beurteilungskriterium für alle Beteiligten herangezogen werden, klärt das den Blick und verhilft zu einer unabhängigen friedenspolitischen Position.

Wichtig erschien mir auch der Blick auf die innerukrainischen Probleme und ihre Verquickung mit externen Einflüssen. Janukowitsch wurde nicht nur aufgrund der Unzufriedenheit der ukrainischen BürgerInnen gestürzt, auch richteten sich die Proteste nicht ausschließlich gegen ihn oder seine EU-Politik, sondern auch generell gegen die Korruption im Land. Die derzeitige Regierung ist dabei sicher nicht nur das Produkt ausländischer Einmischung, sondern bildet teilweise die Gemengelage im Land ab. Wir fragen uns, was wollten und wollen die verschiedenen Menschen in der Ukraine?

Es ist eine kontrovers diskutierte Frage innerhalb der Friedensbewegung und innerhalb unserer Organisation, ob eine Friedensorganisation Vorschläge zu innerukrainischer Konfliktlösung machen darf oder sogar Unterstützung anbieten, oder ob sie damit unzulässigen Einfluss nimmt und eigenständige Lösungen behindert.

Ich persönlich bin überzeugt, dass unser Handeln in der globalisierten Welt immer Einfluss hat auf das, was in anderen Ländern geschieht. Wir können auch gar nicht anders, als uns einzumischen, weil wir aus Mitgefühl und Gerechtigkeitsempfinden dazu aufgerufen sind, und weil die Kriege in anderen Ländern uns auch in Deutschland betreffen, ja bedrohen. Wenn wir versuchen, die deutsche Regierung dazu zu bewegen, auf Kiew Einfluss zu nehmen, den „Anti-Terror-Krieg“ im Osten zu beenden, mischen wir uns ein. Wenn wir Solidarität mit Deserteuren äußern, mischen wir uns ein. Entscheidend ist, auf welchen Werten unsere Handlungen fußen und welche Methoden wir einsetzen. Die Orientierung an den politischen und sozialen Menschenrechten sowie an der Gewaltfreiheit kann verhindern, dass ökonomische und machtpolitische Egoismen verfolgt werden.

Unterschiedlich werden auch die wirtschaftlichen Ursachen und die Lösungen eingeschätzt. Ich sehe eine systemische Krise aufgrund eines Wirtschaftsmodells, das auf Wachstum setzt, und aufgrund einer ressourcenverschlingenden Globalisierung. Die Akkumulation der Reichtümer bei Wenigen, verschärft durch die „Entfesselung der Finanzmärkte“, führt zur Verknappung von Ressourcen wie Wasser, Land, fossile Brennstoffe usw., aber auch von Märkten und Absatzmöglichkeiten. Dies alles verstärkt Gewaltpotentiale innerhalb und zwischen Staaten. Für die Friedensarbeit heißt das, dass wir uns - über das Warnen hinaus - mit wirtschaftspolitischen Alternativen, wie solidarischer Ökonomie, Degrowth-Ansätzen bis hin zum Konsumverhalten beschäftigen müssen.

Diskussionen über diese und andere Punkte sind erforderlich und können in das Bewusstsein der deutschen Bevölkerung hineinwirken. Es gilt, Schwarz-Weiß-Denken und Feindbilder abzubauen und zum Handeln zu ermutigen.

Die Krise in der Ukraine und in den internationalen Beziehungen ist auch eine Folge der sträflichen Vernachlässigung von Ziviler



zwischen Russland und dem NATO-Bündnis.

Andreas Buro benennt Vorschläge für eine Roadmap als Weg zu einem Frieden und stellt das Projekt „Ukraine als Brücke zwischen West und Ost“ vor.

Kriege können nicht geführt werden, wenn nicht viele Menschen auf den verschiedensten Ebenen mitmachen. Denen, die sich verweigern, gebührt unser Dank. Ihnen muss unbürokratisch politisches Asyl angeboten werden.

Eine bewundernswerte, viel Zivilcourage erfordernende Maßnahme ist die Kriegsdienstverweigerung.

Konfliktbearbeitung. Auf dem Weg zu Friedenslösungen brauchen wir gesichtswahrende Kompromisse, eine deeskalierende respektvolle Sprache und vertrauensbildende Maßnahmen auf allen Ebenen. Drohungen, Sanktionen und die militärische Unterstützung von Konfliktparteien dagegen führen uns von Krise zu Krise.

Die IPPNW Deutschland fordert die deutsche Regierung auf, Einfluss auf die nationalen und internationalen Konfliktparteien auszuüben, um sie zu ernstgemeinten Verhandlungen und Vertrauen schaffenden Maßnahmen zu bewegen. Ein wichtiger Schritt wäre die Beendigung der Sanktionen. Stattdessen muss über die Sicherung der bestehenden „Grundpfeiler der europäischen Sicherheit“, insbesondere der NATO-Russland-Grundakte, sowie der KSE- (Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa von 1990 zwischen den damaligen Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts) und INF-Verträge (Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme von 1987 zwischen der damaligen Sowjetunion und den USA) geredet werden. Eine politische und militärische Neutralität der Ukraine wäre unserer Meinung nach die geeignetste Lösung der aktuellen Konfrontation. Weitere Forderungen der IPPNW enthält unsere Erklärung vom April dieses Jahres, die geringfügig aktualisiert wurde. Sie ist in einem langen Diskussionsprozess im Vorstand entstanden im Bemühen, der Meinungspluralität innerhalb des Vereins Rechnung zu tragen. Daneben gab es den Wunsch, andere Akzente zu setzen. Der IPPNW-Arbeitskreis „Süd-Nord“ hat ein weiteres Papier erarbeitet, das sich in weiten Teilen mit der Vorstandsposition deckt, aber andere Aspekte hinzufügt bzw. betont.

Zur Zivilen Konfliktbearbeitung gehört Abrüstung oder mindestens Rüstungskontrolle. Die verschiedenen Beiträge dieses Akzente verweisen mehrfach auf die entsprechenden Verträge, die sich hinter den Kürzeln INF, ABM (Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen von 1972), START (Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen von 1992) verbergen.

Unsere Abrüstungsexpertin Xanthe Hall schreibt in ihrem Beitrag „Risiko Atomwaffen“ über die neue atomare Gefahr. Der Ukrainekrieg zerstört die Erfolge in der Verbesserung der Beziehung

Der Artikel von Bernhard Clasen macht deutlich, wie schwierig die Bedingungen für zivilen Widerstand angesichts der eskalierenden Gewalt in der Ukraine sind.

Das Interview mit Prof. Dr. Dieter Deiseroth befasst sich mit dem Völkerrecht. Wie alle juristischen Instrumente ist das Völkerrecht begrenzt in seinen Möglichkeiten, dem Recht oder gar der Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen. Es ist ein Gewohnheitsrecht, das dazu neigt, letztendlich zu dulden, was einfach gemacht wird. Justitia ist eben nicht blind, sondern schielt nach denen, die die Macht haben. Wie alle Gesetze bietet es einen weiten Interpretationsrahmen. Trotzdem ist es unverzichtbar, um einer Gleichbehandlung und einer verlässlichen Klärung internationaler Beziehungen näher zu kommen. Vertrauen ist eine notwendige Basis für Frieden und dazu gehört Rechtssicherheit.

Die aktuelle Lage einzuschätzen, versucht Reiner Braun. Sie ist geprägt davon, dass ein „relativer Waffenstillstand“, genutzt wird, um die jeweiligen Interessen möglichst weitgehend zu sichern. Er bietet aber auch die Chance, einem fairen Interessensausgleich näherzukommen. Dazu braucht es unter anderem Überzeugungsarbeit und klare Signale gegenüber den Verhandlungspartnern.

Ein zentrales Ziel der IPPNW ist es, die Militarisierung von Politik, atomare Aufrüstung und die aktuelle Gefährdung bestehender Rüstungskontrollverträge öffentlich zu machen und eine breite Öffentlichkeit gegen die daraus resultierenden Gefahren zu mobilisieren. Wir wünschen uns, dass viele Menschen Möglichkeiten entdecken, wie sie sich aktiv für Frieden einsetzen können. Diese Publikation soll dazu einen Beitrag leisten. Geben Sie die Textsammlung gerne weiter an FreundInnen, KollegInnen und Bekannte. Weitere Exemplare können Sie in der IPPNW-Geschäftsstelle bestellen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Susanne Grabenhorst ist IPPNW-Vorsitzende.

Der Krieg in der Ukraine – eine Katastrophe für die Menschen in der Ukraine und für den Frieden in Europa

IPPNW-Vorstandserklärung vom 22. April 2014

In der Ukraine hat sich aus anfänglich sozialen und politischen Protesten mittlerweile eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen ukrainischen Truppen mit westlicher Rückendeckung und Aufständischen mit russischer Unterstützung entwickelt. Die Angaben zur Zahl der getöteten Kämpfer und Zivilisten liegen zwischen ca. 6.000 und 50.000¹. Wie in den meisten aktuellen Kriegen lassen die Aussagen von WHO und UNHCR vermuten, dass besonders alte Menschen, Frauen und Kinder unter den Kriegsauswirkungen leiden.

Das schon vor dem Krieg schwache ukrainische Gesundheitssystem kann durch fehlendes Personal und Materialmangel weder die lokale Bevölkerung, die Verwundeten noch die von ukrainischen Behörden inzwischen auf 1,1 Millionen geschätzten Binnenflüchtlinge angemessen versorgen. Die Situation ist insbesondere in der Ostukraine katastrophal. In den von Separatisten kontrollierten Gebieten leidet die Bevölkerung besonders, unter anderem da Sozialleistungen der ukrainischen Zentralregierung eingestellt wurden und nicht adäquat durch die lokalen Behörden ersetzt werden können. Die Zahl der ins Ausland geflohenen Menschen wird vom UNHCR auf 675.000 geschätzt, davon sollen 540.000 nach Russland und 80.000 nach Weißrussland geflohen sein.²

Neutrale internationale Hilfe (z.B. humanitäre Hilfe von Seiten des Roten Kreuzes oder der Vereinten Nationen) ist gefragt und ein sofortiger Stopp aller Kampfhandlungen dringend notwendig. Zu diesem Zweck müssen alle diplomatischen Anstrengungen unterstützt werden, um Waffenstillstände als Grundlage von Friedensverhandlungen zu erreichen. Waffenstillstände bereiten den Boden für politische Prozesse und für einen gewaltfreien, fairen Ausgleich legitimer Interessen; dass sie oft nicht sofort umgesetzbar sind, ist aus vielen Kriegen bekannt und darf nicht benutzt werden, um den Verhandlungsweg zu diskreditieren.

INTERNATIONALISIERUNG UND DIE GEFAHR EINER NUKLEAREN ESKALATION

Die deutsche IPPNW ist sehr besorgt über die internationale Dimension des Krieges und die Konfrontation der Atomwaffenmächte Russland und NATO. Statt strikter Deeskalation führen derzeit beide Seiten militärische Drohgebärden auf und heizen den Krieg in der Ukraine weiter an, z.B. durch Kriegspropaganda, Manöver mit atomwaffenfähigen Systemen rund um das Baltikum, im Schwarzen Meer und am Polarmeer, Waffenlieferungen an beide Konfliktparteien in der Ukraine sowie deren militärische Beratung. Hinzu kommt die völkerrechtlich umstrittene Abspaltung der Krim und deren Integration in die Russische Föderation.³

Die Stationierung von US-Truppen in Osteuropa und provokative Straßenparaden direkt an der russischen Grenze, geplante Beschlüsse zum Aufbau von sechs neuen Stützpunkten in den östlichen NATO-Ländern Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Bulgarien sowie Vereinbarungen zur Raketenabwehr in Polen und Rumänien^{4, 5}, die Aufstellung einer schnellen Osteuropa-Eingreiftruppe unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands sind nur einige der Maßnahmen, mit denen die NATO die Konfrontation anheizt.

Besonders bedrohlich wird diese gegenseitige Kräftedemonstration durch die sehr reale Gefahr einer beabsichtigten oder versehentlichen nuklearen Eskalation. Die spätere Erklärung Wladimir Putins, dass er bei der Krimübernahme bereit gewesen sei, die russischen Atomwaffen in Alarmbereitschaft zu versetzen und dies auch „den westlichen Kollegen“ mitgeteilt habe, zeigt die Gefährlichkeit der Lage⁶. Bis zum heutigen Tag stehen auf Seiten der USA und Russlands insgesamt geschätzte 2.000 strategische Atomwaffen in höchster Alarmbereitschaft. Sie könnten binnen Minuten zum Einsatz kommen und eine glo-

³ <http://www.ialana.de/arbeitsfelder/konflikte-kriege-und-loesungstrategien/aktuelle-brennpunkte/ukraine/796-hans-joachim-heintze-zu-voelkerrechtlichen-problemen-der-krimkrise>

⁴ (http://de.wikipedia.org/wiki/National_Missile_Defense#cite_note-28)

„Am 2. Februar 2012 wurde der Aufbau des europäischen NATO-Raketenabwehrprogramms bekanntgegeben. Das Hauptquartier hierfür befindet sich auf der Ramstein Air Base in Deutschland, zugleich Stützpunkt des Allied Air Command Ramstein. Hierzu gehört auch die Extended Air Defence Task Force, an der neben den USA auch Deutschland und die Niederlande beteiligt sind. Das Raketenabwehrsystem soll bis 2020 bzw. 2022 aufgebaut sein. Die USA und Rumänien haben unterdessen am 31. Januar 2012 ein Verteidigungsabkommen unterzeichnet, dass ab 2015 ermöglicht 24 SM-3-Abwehrraketen und bis zu 200 US-Soldaten auf dem Militärflugplatz Deveselu zu stationieren.[28] Ein weiterer Stützpunkt soll ab 2018 in Polen errichtet werden.“

⁵ Erklärung des NATO-Gipfels 2012, Ziffer 59: „Die Raketenabwehr kann die abschreckende Rolle von Kernwaffen ergänzen ... Missile defence can complement the role of nuclear weapons in deterrence; it cannot substitute for them. This capability is purely defensive.“

⁶ Interview mit dem russischen Präsident Wladimir Putin im Dokumentarfilm „The Path to the Motherland“, ausgestrahlt im russischen Staatsfernsehen am 15.03.2015: http://russia.tv/brand/show/brand_id/59195

„Der Moderator: Im Gespräch mit den westlichen Kollegen haben Sie sofort verstanden, dass die westlichen Nationen sich militärisch nicht einmischen werden.
 Putin: Nein, auf keinen Fall. Das konnte man nicht sofort wissen. Deswegen wurde ich gezwungen, unser Militär bereit zu halten. Vielmehr habe ich Befehle erteilt, wie man in jeder Entwicklung der Situation reagieren soll.
 Der Moderator: Bedeutet das, dass wir auch unsere Atomwaffen in Bereitschaft versetzt haben?
 Putin: Wir waren bereit, das zu tun. Das habe ich auch offen meinen westlichen Kollegen gesagt. (...) das ist unser Land. Und wir waren bereit, es zu schützen. Unsere Menschen müssen wir vor den Nationalisten retten. Aber wir hatten keinen Wunsch, diesen Konflikt anzufeuern. Wir wurden dazu gezwungen. Wir waren bereit für eine schlimme Wendung der Situation. Aber ich ging davon aus, dass es nicht dazu kommt. Wir wollten die Situation nicht verschlimmern.“ [Eigene Übersetzung]

¹ <http://www.faz.net/-gq5-7zjyc>

² <http://unhcr.org/ua/en/2011-08-26-06-58-56/news-archive/1471-unhcr-delivers-aid-in-luhansk-as-conditions-in-eastern-ukraine-continue-to-worsen> und: <http://www.unhcr.org/54d49d549.html>

bale Katastrophe auslösen.⁷ Im Januar 2015 hat das Bulletin of the Atomic Scientists die aktuelle Weltlage als so bedrohlich eingeschätzt wie zuletzt 1984 und seine „Weltuntergangsuhr“ von fünf auf drei Minuten vor Zwölf gestellt. Damals hatten die Beziehungen zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion einen Tiefpunkt erreicht. Die Erklärung der IPPNW von damals gilt auch heute noch:

Nach dem Einsatz von Atomwaffen können Ärztinnen und Ärzte nicht helfen!

Die katastrophalen humanitären Konsequenzen eines Atomwaffeneinsatzes wurden erst im Dezember 2014 auf einer Staatenkonferenz in Wien erneut aufgezeigt und durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz/Roten Halbmond⁸ eindringlich betont. Der Einsatz von Atomwaffen durch die USA oder Russland würde das Überleben der Menschheit in Gefahr bringen.

Ebenfalls ist hinzuweisen auf die oft unterschätzte Gefahr eines schweren Reaktorunglücks in einem der 15 Atomkraftwerke des Landes durch die anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen. Das Atomkraftwerk Saporischschja mit insgesamt sechs Reaktoren befindet sich gerade einmal 250 Kilometer vom umkämpften Donezk entfernt. Schon ein Militärschlag gegen eine einzelne Anlage würde schwerwiegende Folgen für Menschen und Umwelt haben.

NEUE RÜSTUNGSSPIRALE

Die Auswirkungen der Ukraine-Krise beeinflussen sowohl die internationalen Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle als auch das, was als Grundpfeiler der europäischen Sicherheitsstruktur verstanden wird. Dazu gehören u.a. die NATO-Russland-Grundakte, die eine Vereinbarung enthält, keine Atomwaffen in neuen NATO-Mitgliedsländern zu stationieren, der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), an dem Russland kürzlich seine Teilnahme zunächst ausgesetzt hat, und der Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag), der die Produktion, den Besitz und die Erprobung bo-

⁷ <http://www.ippnw.org/nuclear-famine.html>

⁸ <https://www.icrc.org/en/document/nuclear-weapons-ending-threat-humanity>

Nuclear weapons are unique in their destructive power and in the scale of human suffering they cause. Their use, even on a limited scale, would have catastrophic and long-lasting consequences for human health, the environment, the climate, food production and socioeconomic development.

The health impacts of these weapons can last for decades and impact the children of survivors through genetic damage to their parents. This has been evident where nuclear weapons have been both used and tested. We could not have imagined that Japanese Red Cross hospitals would still be treating victims of cancer and leukaemia attributable to radiation from the atomic blasts – today, 70 years on.

Seventy years after the dawn of the „nuclear age,“ there is no effective or feasible means of assisting a substantial portion of survivors in the immediate aftermath of a nuclear detonation, while adequately protecting those delivering assistance, in most countries or at the international level.

The humanitarian consequences of a nuclear-weapon detonation would not be limited to the country where it occurs but would impact other countries and their populations. Thus, the continued existence of nuclear weapons and the risk of their intentional or accidental use is and must be a global concern.

dengestützter Atomraketen mit Reichweiten von 500 bis 5.500 Kilometern verbietet.

Tatsächlich gibt es zwischen Russland und den USA schon seit 2010 keine Abrüstungsgespräche mehr. Sowohl die NATO als auch Russland investieren stattdessen Milliarden in die Modernisierung ihrer nuklearen Arsenale. Das betrifft auch die US-Atombomben des Typs B-61, die auf dem deutschen Fliegerhorst in Büchel gelagert werden und im Kriegsfall von deutschen Kampfpiloten abgeworfen werden sollen. Der vom Bundestag beschlossene Wunsch nach einem Abzug dieser Atombomben wird laut Außenminister Steinmeier wegen der Krise in der Ukraine nicht mehr verfolgt. Dabei ist gerade angesichts der aktuellen Krise eine Deeskalation notwendiger denn je: Nicht trotz, sondern wegen der erneuten Konfrontation zwischen NATO und Russland ist eine atomare Abrüstung in Europa notwendiger denn je. Zudem kündigten die NATO-Staaten 2014 auf ihrer Tagung in Wales an, ihre Rüstungsetats in den kommenden Jahren konsequent zu erhöhen.⁹ Und auch Russland gibt Rekordsummen für die Modernisierung seines Militärs aus. Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Ukraine ist jede Aufrüstung als eskalierende Drohung zu verstehen.¹⁰

Derweil berichten russische Medien, dass eine neue Generation von seegestützten Marschflugkörpern in Bau sei, die eine Reichweite von über 1.500 km haben. Da diese auf Schiffen stationiert wären, würden sie nicht unter die Regelungen des INF-Vertrags fallen. Nach russischer Darstellung ist dies eine Antwort auf die Bedrohung von Seiten der NATO. Unabhängig davon, ob sich diese Berichte tatsächlich bestätigen, zeigt sich derzeit eine neue Runde und eine neue Qualität des Wettrüstens.¹¹

KONFLIKTURSACHEN UND DIE NOTWENDIGKEIT ZIVILER KONFLIKTBEARBEITUNG

Nicht nur im Interesse der Menschen in der Ukraine, sondern auch im Sinne eines weltweiten friedlichen Miteinanders ist es

⁹ http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_112985.htm?selectedLocale=en

We recognise that these steps will take the necessary effort and funding. In light of this, we agree to reverse the trend of declining defence budgets and aim to increase defence expenditure in real terms as GDP grows; we will direct our defence budgets as efficiently and effectively as possible; we will aim to move towards the existing NATO guideline of spending 2% of GDP on defence within a decade, with a view to fulfilling NATO capability priorities. We will display the political will to provide required capabilities and deploy forces when they are needed.

¹⁰ Laut SIPRI Stockholm International Peace Research Institute gaben die USA in 2013 über 600 Milliarden Dollar für Rüstung aus, die russischen Militärausgaben lagen bei etwa 88 Milliarden Dollar. Russland plant, bis 2020 für Modernisierungsmaßnahmen der Armee dreistellige Milliardenbeträge (Dollar) auszugeben.

¹¹ Auszüge aus dem „Focus“ (http://www.focus.de/politik/ausland/politik-und-gesellschaft-waffen-nur-noch-waffen_id_4506233.html) vom 8.3.15: Ankündigung Russlands bis 2020 300 Milliarden Dollar in ein Investitionsprogramm der Armee zu stecken. Zehn nuklearfähige Iskander-Raketen um Kaliningrad. Testbataillone an der ukrainischen Grenze. So viele NATO-Manöver geplant wie seit dem kalten Krieg nicht mehr. 18 statt 2 Kampfflugzeuge über der Ostsee, Marinepatrouillen. Parade von US Kampffahrzeugen in der estnischen Stadt Narva, direkt an der russischen Grenze. US-Planungen: 2016 neue Waffen in Lettland, Polen und Rumänien für 4000 Soldaten. Waffenlieferungen an die Ukraine aus Litauen, Kanada, Militärhilfe 120 Millionen von USA versprochen. CDU (Henning Otte) denkt über unbürokratische Verkäufe ins Baltikum nach.

wichtig, die Gewalt in der Ukraine zu beenden und zu international akzeptierten Formen ziviler Konfliktbearbeitung zurückzukehren.

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Ost-Ukraine haben vielschichtige Ursachen. Neben den historischen Konfliktlinien zwischen den diversen Nationalitäten der Ukraine¹² und dem Erstarken nationalistischer Bewegungen gab es grundlegende sozioökonomische Spannungen im Zuge der Privatisierung des ehemaligen Staatsvermögens seit Beginn der 1990er Jahre, Konkurrenz zwischen verschiedenen oligarchischen Gruppen und ihre Einflussnahme auf Medien und Politik. Die internen Widersprüche wurden über Jahre durch externe regionale und internationale Einflussnahme bewusst verstärkt.

Letzter Auslöser des jetzt ausgetragenen geopolitischen Konflikts war die Nicht-Unterzeichnung des EU-Assoziationsabkommens Ende 2013. Der Versuch der EU, die ukrainische Wirtschaft durch ein Assoziierungsabkommen exklusiv an sich zu binden, ging an den Interessen der Bevölkerung vorbei.¹³ Die EU sprach allerdings Janukowitschs Ablehnung der Unterzeichnung jede innenpolitische Rationalität ab und schob sie allein auf Moskaus Einflussnahme. Der Wunsch der Menschen auf dem Maidan, der desolaten wirtschaftlichen Lage durch den Absprung nach Westen zu entkommen, wurde durch Wohlstandsversprechen genährt – Versprechungen, welche die EU in den südeuropäischen Krisenländern längst schon nicht einhalten konnte.¹⁴ Zudem waren die EU und die USA von Anfang an tief in die Kiewer Protestbewegung involviert.¹⁵ Nach der Eskalation der Gewalt in Kiew und dem chaotischen Regierungswechsel im Februar 2014 wurde das Abkommen dann einen Monat vor der vorgezogenen Wahlen von den Abgeordneten des ukrainischen Parlaments ratifiziert und von Präsident Poroschenko unterzeichnet.¹⁶ Die seit 1996 in der Verfassung festgelegte Neutralität des Landes wurde im Dezember 2014 vom Parlament aufgegeben, um damit die Aufnahme in die NATO zu ermöglichen.^{17; 18}

Dabei sollten die Konfliktebenen und –linien nicht simplifiziert werden. Die Konfliktparteien bestehen zum Teil aus ganz unterschiedlichen Gruppierungen oder Strömungen. So zeigen sich

12 http://www.koop-frieden.de/fileadmin/Dossiers/dossierVII_ukraine_15sept.pdf Anhang 1 und 2 ab Seite 19

13 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-asarow-rechnet-mit-merkel-und-eu-ab-a-1023145.html>

14 Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) sagte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 30.03.14: „Unser Angebot einer engeren Zusammenarbeit mit den Ländern in unserer Östlichen Partnerschaft bleibt auf dem Tisch. Unsere Politik muss die politischen Gegebenheiten angemessen reflektieren. Wir werden unsere Östlichen Nachbarn nicht in Entweder-Oder-Entscheidungen drängen.“ Steinmeier hatte schon früher kritisiert, dass die EU die Ukraine indirekt in die Arme Russlands getrieben habe.

15 <http://www.deutschlandfunk.de/die-ukraine-am-abgrund-wie-oligarchische-politik-und-media.fe20ce72aa8d7683f39d1fcb99ddc11c.pdf>

16 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/012/1801221.pdf>

17 <http://www.fr-online.de/ukraine/ukraine-ende-der-ukrainischen-neutralitaet,26429068,29411116.html>

18 Allerdings wurde bereits 1997 ein militärischer Partnerschaftsvertrag mit der NATO vereinbart. http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25457.htm?selectedLocale=de

anhand der Herangehensweise der EU und der USA durchaus unterschiedliche Interessen, wie auch zwischen dem ukrainischen Ministerpräsidenten Jazenjuk und Präsident Poroschenko. Die russische Politik scheint zunehmend Probleme zu haben, auf die Milizen im Osten der Ukraine militärisch und politisch Einfluss zu nehmen und westukrainische Milizen operieren zum Teil ohne Weisung der Kiewer Regierung. Zudem steht zwar offensichtlich ein großer Teil der russischen Bevölkerung hinter der Ukraine-Politik ihrer Regierung, aber es gibt in Russland, wie auch im Westen, abweichende Meinungen und unterschiedliche Interessen.

DAS HAUS EUROPA BRAUCHT KOOPERATION

Die IPPNW begrüßt das Bemühen der Bundesregierung, diplomatische Initiativen zur Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen zu fördern. Im Gegensatz dazu lehnen wir Sanktionen ab und befürworten deren Aussetzung, da sie nicht zu friedlichen Lösungen des Konflikts beitragen, sondern die Konfrontation nur verschärfen. Das Minsker Abkommen, zu dem die Bundesregierung beigetragen hat, sehen wir als Chance, einer friedlichen Lösung im Ukraine-Konflikt näher zu kommen und das Blutvergießen zu beenden.

Die US-Pläne, eine Raketenabwehr in Europa aufzubauen, sowie die stete Osterweiterung von NATO und EU haben entscheidend dazu beigetragen, in Russland berechtigtes Misstrauen gegenüber den Intentionen des westlichen Bündnisses entstehen zu lassen. Darüber hinaus gibt es aus russischer Sicht eine militärische Schiefelage, da USA und NATO konventionell besser gerüstet sind und mit ihrem „Prompt Global Strike“-Potential deutlich mehr Interventionsoptionen haben als Russland.

Sicherheit und Frieden in Europa gibt es nur mit, aber nicht gegen Russland. Alle Staaten in Europa, inklusive Russland, haben ein legitimes Bedürfnis nach Sicherheit. Wir sollten den Grundgedanken von Michail Gorbatschow und Egon Bahr wieder aufnehmen, dass wir alle in einem gemeinsamen europäischen Haus leben und daher eine gemeinsame Sicherheit brauchen.

Die NATO muss Russland gegenüber klarmachen, dass sie das Land weder bedrängen noch umzingeln will und entsprechende Schritte rückgängig machen. Die Osterweiterung der NATO, die Interventionen und Truppenstationierungen von NATO-Staaten im Balkan, in Zentralasien und im Nahen Osten lehnen wir aus friedenspolitischer Sicht ab. Auch wenn der Weg der Verständigung sicherlich nicht leicht zu gehen sein wird, ist er doch der einzige, der zu einem wirklichen Frieden führen kann. Eine militärische Lösung der Auseinandersetzung zwischen der NATO und Russland oder des Konflikts in der Ukraine kann es nicht geben.

WAS DIE IPPNW TUT

Ein zentrales Ziel der IPPNW ist es, die Politik atomarer Aufrüstungen und die aktuelle Gefährdung bestehender Rüstungskontrollverträge öffentlich zu machen und eine breite Öffentlichkeit gegen die daraus resultierenden Gefahren zu mobilisieren. Hierzu beteiligen wir uns an den Protesten am deutschen Atomwaffenstandort Büchel, sind Teil der Internationalen Kampagne zur

Abschaffung von Atomwaffen ICAN und unterstützen alle diplomatischen Bemühungen zur Deeskalation der neuen Ost-West-Konfrontation und eine Ächtung von Massenvernichtungswaffen.

Für die Formulierung realistischer friedenspolitischer Einschätzungen befasst sich die deutsche IPPNW mit den Hintergründen und Ursachen des Konfliktes auf den verschiedenen Ebenen. Als deutsche Friedensorganisation liegt unser Hauptaugenmerk auf den Möglichkeiten des Westens, zu einer Deeskalation beizutragen. Die IPPNW adressiert ihre Forderungen daher vor allem an die eigene Regierung und ihre Bündniszusammenhänge, aber selbstverständlich auch alle anderen Konfliktparteien.

Mit internationalen Kampagnen wie der Social-Media-Kampagne „We refuse to be enemies“ versuchen wir, öffentlich sichtbare Zeichen zu setzen und der friedliebenden Mehrheit eine Stimme zu geben.

FORDERUNGEN DER IPPNW

- Wir fordern von allen Seiten die sofortige Beendigung aller Kämpfe, sowie von allen externen Akteuren die Beendigung von Waffenlieferungen, militärischer Beratung, Militärmanövern, impliziter oder expliziter Drohungen mit Atomwaffen und jeglicher weiterer Aufrüstung.
- Wir fordern die Einhaltung der beschlossenen Waffenstillstände von Minsk, deren Überprüfung gewährleistet werden sollte. Durch Rückschläge bei der Umsetzung der Waffenstillstände dürfen weitere Verhandlungen nicht unterlaufen werden.
- Für jene Menschen, die sich durch politisches Engagement, Behinderung der Rekrutierung und Desertion dem Krieg widersetzen oder entziehen, fordern wir die unbürokratische Aufnahme und Anerkennung als politisch Verfolgte.
- Sofortige humanitäre Hilfe durch das Internationale Rote Kreuz und den UNHCR muss in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden und von allen Konfliktparteien ermöglicht werden, um die katastrophale Lage vor allem in der Ostukraine zu lindern.
- Die deutsche Regierung muss ihren Einfluss auf die nationalen und internationalen Konfliktparteien ausüben, um sie zu ernstgemeinten Verhandlungen und Vertrauen schaffenden Maßnahmen zu bewegen.
- Wir fordern eine Abkehr von der Sanktionspolitik, die zu einer Verhärtung auf politischer Ebene und zu einer Belastung der Bevölkerung in Russland und in der EU führt.
- Zunächst sollte die Sicherung der bestehenden „Grundpfeiler der europäischen Sicherheit“, insbesondere der NATO-Russland-Grundakte, sowie der KSE- und INF-Verträge, Priorität haben.
- Dringend notwendig ist eine Wiederherstellung der unterbrochenen Kommunikationskanäle und Sicherheitsmechanismen zwischen NATO und Russland, die während des Kalten

Kriegs Missverständnisse zwischen den Konfliktparteien verhindern konnten und angesichts der atomaren Gefahr möglicherweise überlebenswichtig für Milliarden von Menschen sind.

- Langfristig fordern wir die Bearbeitung sämtlicher Konflikte unter Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Beteiligten mit dem Ziel eines fairen Interessenausgleichs. Militärbündnisse wie die NATO können einen solchen gewaltfreien und fairen Interessenausgleich nicht leisten, sondern stehen ihm im Wege. Deshalb fordern wir ihre Auflösung.
- Wir fordern eine umfassende Berichterstattung, die Fakten nicht einseitig auswählt. Dies gilt sowohl für die deutschen als auch für die internationalen Medien auf allen Seiten. Verschiedene Positionen und Perspektiven müssen zu Gehör kommen, ernst genommen und nicht diskreditiert werden.
- Die ukrainische Gesellschaft muss die Freiheit haben, partnerschaftliche Wirtschaftsbeziehungen mit allen von ihr gewünschten Staaten anzustreben. Diese sollten dem Wohlstand der gesamten Bevölkerung dienen, nicht nur einzelnen Gruppen, Schichten oder Regionen. Eine politische und militärische Neutralität der Ukraine wäre unserer Meinung nach die geeignetste Lösung der aktuellen Konfrontation.
- Die Zivilgesellschaft muss sich ungehindert und ohne Beeinflussung von außen entwickeln und eigene konkrete friedenschaffende und friedensichernde Projekte vor Ort aufbauen können, wie z.B. für Deserteure, für Versöhnungsarbeit oder die Bearbeitung gesellschaftlicher Radikalisierung durch überhöhten Nationalismus und bewaffneten Kampf.
- Wir fordern alle dazu auf, sich an regionalen und internationalen Kampagnen wie der Social-Media-Kampagne „We refuse to be enemies“ zu beteiligen.

IPPNW-Vorstandserklärung vom 22. April 2015

Risiko Atomwaffen

Xanthe Hall

Siebzig Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki und fünfundzwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges rücken diese Waffen wieder ins politische Blickfeld: Sowohl Russland als auch die USA bringen ihre Arsenale auf den neuesten technischen Stand, von gemeinsamen Abrüstungsbemühungen ist derzeit nicht mehr die Rede. Die aktuelle Konfrontation zwischen den ehemaligen Supermächten des Kalten Krieges um die Ukraine birgt das Risiko einer – möglicherweise unbeabsichtigten – atomaren Eskalation.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat deutlich erklärt, dass die Ukraine für Moskau eine rote Linie darstellt. Das Baltikum wiederum bildet eine Art Achillesferse der Nato. Um diesen Mitgliedern zu verdeutlichen, dass das nordatlantische Bündnis sie gegen einen potentiellen russischen Angriff zu verteidigen bereit ist, werden derzeit verstärkt Manöver mit konventionellen und potentiell nuklearen Systemen durchgeführt. Im Juni wurden mit den B2- und B52-Bombern Atomwaffenträger von den USA nach Europa eingeflogen.¹ In Spannungszeiten wie diesen kann ein solches Signal missverstanden werden: Jede Seite will ihre Stärke demonstrieren und glaubwürdig zeigen, dass sie dem Gegenüber mehr Schaden zuzufügen vermag als umgekehrt. Zur Abschreckung lassen die Militärs ihre Muskeln spielen. Das aber kann als ein unmittelbar bevorstehender Angriff verstanden werden.

So geschehen 1983, als die westlichen Bündnispartner die Atomkriegsübung „Able Archer“ durchführten. Die Sowjetunion versetzte daraufhin ihre Atomwaffen in Bereitschaft und stand kurz davor, präemptiv zuzuschlagen.

SICHERHEIT DURCH MODERNISIERUNG?

Allerdings hat die Modernisierung der in die Jahre gekommenen nuklearen Arsenale auf beiden Seiten schon vor einiger Zeit begonnen. Bereits vor sechs Jahren kündigte der damalige russische Präsident Dimitri Medwedjew an, Russland werde seinen kompletten Bestand erneuern. Auch die Pläne für die Stationierung neuer Topol-M-Raketen und die Entwicklung der Bulawa-Raketen sind nicht neu.² Moskau begründete seine Pläne seinerzeit mit der geplanten US-Raketenabwehr und der konventionellen Überlegenheit der USA. Die Vereinigten Staaten begannen ihrerseits bereits unter George W. Bush ihr Modernisierungsprogramm des kompletten Atomkomplexes – Sprengköpfe, Trägersysteme und Herstellungsfabriken. Washington verweist auf die dadurch erhöhte Sicherheit seiner Atomwaffen.

Außerdem wollen die USA die entsprechenden Waffen länger nutzen können. So planen sie beispielsweise, die Betriebsdauer der Minuteman-III-Interkontinentalrakete bis 2030 zu erweitern; dafür wird die Rakete mit Ausnahme der Hülle komplett erneuert.

¹ Oriana Pawlyk, B-2, B-52 bombers deploy to Europe for military exercises, www.militarytimes.com, 7.6.2015.

² Pavel Podvig, Russia's new arms development, <http://russianforces.org>, 16.1.2009.

Beide Staaten wollen vor allem sicherstellen, dass ihre Atomwaffen für die nächsten 50 Jahre funktionieren, um damit die Abschreckungswirkung aufrecht zu erhalten. Mit der vorgeblich verbesserten Sicherheit ist es allerdings nicht weit her, sagt der Friedensforscher Hans Kristensen: So tragen etwa bei den weiterentwickelten B61-12 Bomben, die den Altbestand in Büchel in Rheinland-Pfalz ersetzen sollen, die neuen Komponenten nur zu etwa zehn Prozent zu einer verbesserten Sicherheit bei. Der tatsächliche Vorteil liegt vielmehr in ihrer gesteigerten Effektivität.

Die neuen Bomben werden durch ein steuerbares Heckteil zu Lenkwaffen und können präziser eingesetzt werden, was ihren militärischen Wert steigert.³

NUKLEARER WINTER

Gegenwärtig gibt es fast 16 000 Atomwaffen in den weltweiten Arsenalen. Davon sind 4300 stationiert und abschlussbereit. Laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI wird die haarsträubende Zahl von 1800 strategischen Atomwaffen in höchster Alarmbereitschaft gehalten. Diese Atomwaffen sollen sofort nach der Meldung eines unmittelbar drohenden atomaren Angriffs abgefeuert werden, bevor sie selbst zerstört werden können. Die Vorwarnungszeit beträgt maximal 30 Minuten, das entspricht der Flugzeit zwischen den USA und Russland. Tatsächlich wird die Vorwarnungszeit kürzer sein. Dabei muss in jenen entscheidenden Minuten geklärt werden: Ist der Angriff echt? Wo befindet sich der Präsident? Will er Millionen von Menschen auslöschen? 15 Minuten werden vom Befehl bis zum Start benötigt. Das lässt kaum Zeit zum Nachdenken.

Bereits mehrmals sind Irrtümer vorgekommen, beispielsweise 1995, als eine norwegische Wetterrakete in Russland einen Fehlalarm auslöste. Ein Kriegseinsatz von 1000 Atomwaffen – etwa sechs Prozent der globalen Lagerbestände – würde den Planeten unbewohnbar machen. Mehrere hundert Millionen Menschen würden an den direkten Folgen sterben. Darüber hinaus hätte ein großer nuklearer Schlagabtausch ausgedehnte Brände von Städten und Wäldern zur Folge. Unmengen von Staub und Rauch würden in die Atmosphäre aufsteigen und die Sonnenstrahlen abhalten. Daraufhin fiel die Temperatur, es käme zu großräumigen Luftbewegungen, und Eisstürme würden das Land verwüsten.

Neben dem unablässigen radioaktiven Niederschlag entstünde giftiger Smog. Pflanzen erfrieren, die Landwirtschaft müsste stillstehen – dieses Szenario wird „nuklearer Winter“ genannt. Doch selbst ein regional begrenzter Atomkrieg könnte unmittelbar das Leben von mehreren Millionen Menschen gefährden. Darüber hinaus brächte auch er klimatische Veränderungen mit sich und würde weltweit indirekt die Gesundheit der Menschen bedrohen:

³ Hans M. Kristensen, General Confirms Enhanced Targeting Capabilities of B61-12 Nuclear Bomb, <http://fas.org>, 23.1.2014.

Bei einem angenommenen Krieg zwischen Indien und Pakistan, in dem jedes Land umgerechnet 50 Hiroshima-Bomben zünden würde, rechnen Klimatologen mit beträchtlichen Konsequenzen: Mehr als fünf Millionen Tonnen schwarzen Kohlenstoffes würden die Atmosphäre verdunkeln und die globale Temperatur um 1,25 Grad fallen lassen. Aufgrund der gesunkenen Temperatur und der reduzierten Niederschläge wäre der Anbau von Getreide, Mais und Reis in wichtigen landwirtschaftlichen Regionen der Welt gravierend gestört. Das würde weltweit zu Nahrungsmittelknappheit und Preiserhöhungen führen. Die folgenden Hungersnöte könnten das Leben von bis zu zwei Milliarden Menschen gefährden.⁴

SCHRITTE ZUR ATOMWAFFENKONVENTION

Obwohl diese katastrophalen Gefahren bekannt sind, gibt es seit Jahren keine Fortschritte bei internationalen Abrüstungsvorhaben. Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit ging Ende Mai die UN-Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag (NPT) in New York zu Ende. Alle fünf Jahre treffen sich die 190 Unterzeichnerstaaten und prüfen, ob die Vertragsbestimmungen umgesetzt werden. In diesem Jahr wurde lange über die Verstöße der Atomwaffenstaaten gegen ihre Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung debattiert – leider ohne Ergebnis. Um dennoch den Druck auf die wenigen Atomwaffenstaaten zu erhöhen, gründete sich nach der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) 2010 ein globaler Zusammenschluss unter dem Namen „Humanitäre Initiative“ für die Abschaffung von Atomwaffen.⁵

Sie will die Debatte über Atomwaffen neu ausrichten: Statt der Sicherheitsinteressen der Atomwaffenstaaten sollen die humanitären Folgen eines Atomwaffeneinsatzes stärker ins Gewicht fallen. Ihr strategisches Ziel ist einfach: So wie es ein Landminenverbot gibt, sollen auch Atomwaffen geächtet werden – weil deren humanitäre Folgen im Falle ihres Einsatzes zu hoch sind. In drei Staatenkonferenzen wurden die wissenschaftlichen Daten zu den direkten und indirekten Folgen eines oder mehrerer Atomwaffeneinsätze geprüft und ein inakzeptables Risiko festgestellt.⁶ Bislang allerdings besteht eine „Rechtslücke“: Das humanitäre Völkerrecht sieht noch keine Ächtung vor, es gibt auch noch keinen Verbotsvertrag. Mittlerweile hat Österreich die Führung der Initiative übernommen. Wien hat sich selbst verpflichtet, für die Schließung dieser Rechtslücke zu sorgen. Zugleich lädt Außenminister Sebastian Kurz andere Staaten ein, sich dieser Selbstverpflichtungserklärung („Humanitarian Pledge“) anzuschließen.⁷

Bis zum Ende der NVV-Überprüfungskonferenz im Mai 2015 sind mehr als 100 Länder dieser Einladung gefolgt, bis Anfang Juli wuchs deren Zahl auf 112. So ist aus der gescheiterten Konferenz eine neue Dynamik für die Ächtung von Atomwaffen erwachsen. Eine Rechtsnorm mit einem mehrheitlich unterstützten Verbotsvertrag wäre ein erster Schritt in Richtung Atomwaffen-

konvention. Es ist – 70 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki – höchste Zeit, auf diesem Weg weiterzugehen. Dazu gehört, sich mit der nuklearen Abschreckung als unzureichender und höchst gefährlicher Grundlage internationaler Stabilität auseinanderzusetzen und sinnvolle Alternativen zu finden. Nur dann können wir dem atomaren Sicherheitsdilemma entkommen, dass die gesamte Menschheit bedroht.

Xanthe Hall ist IPPNW-Abrüstungsreferentin.

Dieser Beitrag erschien in ungekürzter Fassung in den Blättern für deutsche und internationale Politik 8/2015
<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2015/august/70-jahre-hiroshima-aecht-die-bombe>

4 Ira Helfand, Nuclear Famine: Two Billion People at Risk?, IPPNW 2013.

5 Humanitäre Initiative, www.atomwaffena-z.info

6 Patricia Lewis et al, Too Close for Comfort: Cases of Near Nuclear Use and Options for Policy, www.chathamhouse.org, 4/2014.

7 Vgl. Humanitarian Pledge, www.icanw.org.

Im Fall einer nuklearen Eskalation der Ukraine-Krise: Ärzte warnen: Wir werden Euch nicht helfen können!

IPPNW-AK „Süd-Nord“, August 2015

„Russland ist wieder zum Gegner geworden.“ So resümierte die Tagesschau-Kommentatorin die am Antikriegstag, dem 1. September 2014 gehaltene Rede von Bundespräsident Gauck bei der Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag des Weltkriegsbeginns auf der Danziger Westerplatte, zu der ihn Polens Staatschef Komorowski eingeladen hatte.

SEITHER GAB ES EINE REGELRECHTE MOBILMACHUNG GEGENÜBER RUSSLAND:

- Die NATO, unser westliches Militärbündnis, hat den Aufbau einer besonders schnellen Eingreiftruppe in Osteuropa begonnen. Außerdem hat sie dort mehr als ein Dutzend Manöver und Manöverserien für 2015 geplant und etliche davon bereits abgehalten.
- Das ukrainische Parlament hat in seiner neuen Konstellation (vom gewaltsamen Regime Change für den EU-Assoziationsvertrag hervorgebracht und von rechten Kräften dominiert) im Dezember 2014 beschlossen, die Neutralität der Ukraine aufzugeben und die NATO-Mitgliedschaft anzustreben. Und nun im Juli ein Gesetz verabschiedet, das die Stationierung ausländischer Truppen und Waffensysteme erlaubt - explizit auch die Stationierung von Atomwaffen.
- Im Mai 2015 haben die USA Waffenlieferungen an die Ukraine im Wert von 200 Millionen US\$ beschlossen - entgegen dem Geist des 2. Minsker Waffenstillstandsabkommens („Minsk II“), das dadurch unterminiert wird.
- Nahezu gleichzeitig hat der IWF über 17 Milliarden US\$ an Hilfgeldern für die Ukraine bewilligt - Geld, das die andernfalls zahlungsunfähige Ukraine erst in die Lage versetzt hat, diese Waffen kaufen und den Krieg gegen die eigene Bevölkerung weiterzuführen. Einen Krieg, der schon jetzt Schäden in noch weit größerer Höhe verursacht hat und das Land immer tiefer in den Staatsbankrott hineinführt. (Zeitgleich wurden Griechenland existentielle Hilfgelder für friedliche Zwecke verweigert.)

WORUM HANDELT ES SICH BEI DER UKRAINE- KRISE, UND WELCHE GEFAHREN BIRGT SIE?

- Machen wir uns nichts vor: Diese sogenannte „Krise“ ist längst ein richtiger Krieg. In dem die Zahl der Todesopfer fast das 10-fache dessen beträgt, was bisher offiziell von ukrainischer wie UN-Seite verlautbart wurde: Bereits im Februar 2015 meldete die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, die tatsächliche Zahl der Opfer liege nach Schätzungen deutscher Sicherheitskreise eher bei 50.000 als den damals offiziell angegebenen gut 5.000 Toten. Die von der UN-Flüchtlingshilfe genannte Zahl der vor dem Krieg Geflohenen betrug schon damals etwa 1,5 Millionen und hat seither trotz des Waffenstillstandsabkommens weiter zugenommen: Laut UN sind

inzwischen etwa 600.000 UkrainerInnen ins Ausland geflohen und fast 1 Million innerhalb des Landes.

- Angesichts dessen, angesichts der fortgesetzten Kämpfe auch mit schweren Waffen und angesichts der massiven Manövertätigkeit und Mobilmachung der NATO quasi vor der Haustür Russlands kann man die ständigen Beschwörungen eines neuen Kalten Krieges letztendlich nur als Verharmlosung bezeichnen. Zwar führt der Westen bislang noch nicht selbst offen Krieg gegen Russland. Einen heißen Krieg gibt es aber längst, und hinter dessen Kombattanten - der neuen ukrainischen Führung auf der einen Seite und den ostukrainischen Separatisten auf der anderen - stehen die NATO und Russland. Und es wird bereits mit allem gedroht, was letztere aufzubieten haben, einschließlich Atomwaffen. Was letztendlich den Tatbestand eines Stellvertreterkrieges erfüllt, und zwar beträchtlicher Dimension.
- Inwieweit und wie rasch er in einen direkten Krieg zwischen den Großmächten eskalieren kann, ist kaum vorhersagbar. Der letztes Jahr erfolgte Abschuss des malaysischen Verkehrsflugzeuges MH17 lässt dies nur erahnen. Bis heute ist nicht geklärt, wer ihn veranlasst hat. Klar ist nur, wer davon profitiert: Bisher wird in den meisten NATO-Ländern eine Ausweitung des Konflikts von einer großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Wer dies rasch ändern möchte, muss Anlässe wie diesen mit vielen zivilen Toten schaffen.
- Nicht nur in Friedenszirkeln, auch in konservativen Medien wie dem „Focus“ wird die Gefahr eines direkten Krieges zwischen den Großmächten und damit faktisch eines Weltkrieges erörtert: Ein am 4.07.15 in seiner Online-Ausgabe erschienener Artikel zitiert gar nordamerikanische Quellen, denen zufolge ein atomarer US-Präventivschlag gegen Russland bereits im Kongress diskutiert worden sei. Klar ist, dass diese Option im Kalten Krieg offizieller Bestandteil der NATO-Militärdoktrin war.¹ Klar ist auch, dass ein solcher Krieg von Europa kaum bewohnbares Gebiet übrig lassen würde. Und von Deutschland möglicherweise gar keines.²
- Schon der jetzige Krieg hat bereits Schäden in zweistelliger Milliardenhöhe verursacht – in einem ohnedies sehr armen Land, in dem ein wichtiges Motiv vieler AktivistInnen, bei deren Protesten gegen die Aussetzung des EU-Assoziationsabkommens der Konflikt begann, die Hoffnung auf ein Entkommen aus dieser Armut war.

¹ Focus-online, 4.07.2015, http://www.focus.de/politik/ausland/atomarer-erstschock-als-option-experten-warnen-die-us-praeventivstrategie-fuehrt-zu-einem-dritten-weltkrieg_id_4795479.html

² Schon jetzt lässt sich Europa von einer von äußeren Interessen geleiteten Politik zutiefst spalten, die propagiert: Hier Europa, dort Russland. Anstatt zu sagen: Russland gehört zu Europa - sein europäischer Teil ist sogar sein bevölkerungsreichstes Land...

- Und er findet in Europa statt – nicht auf dem (bisherigen) Gebiet der EU, aber wir sind bereits jetzt tief darin verwickelt. Die Ukraine liegt zudem weder politisch noch geografisch weit entfernt (nicht erst seit dem Assoziationsabkommen). Überdies lässt sich Europa dabei von einer von äußeren Interessen geleiteten Politik spalten, die propagiert: Hier Europa, dort Russland. Anstatt zu sehen: Russland gehört zu Europa - sein europäischer Teil ist sogar sein bevölkerungsreichstes Land...
- Die NATO ist nicht erst seit dem völkerrechtlich umstrittenen Anschluss der Krim an Russland und der kriegerischen Eskalation in der Ostukraine darin verstrickt – auf mehreren Ebenen: Seit über 15 Jahren vollzieht sie eine systematische Expansion nach Osten - was das benachbarte Russland verständlicherweise als Bedrohung ansieht (Details hierzu weiter unten). Und ihre Einverleibung der Ukraine (auf dem Umweg über die EU) hätte ein inaktives Russland damit konfrontiert, dass seine Schwarzmeerflottenbasis auf der Krim (Sewastopol) plötzlich auf NATO-Territorium stünde.

DAS ESKALATIONSPOTENTIAL DER KRISE UND SEINE NUKLEARE DIMENSION

Als Jean Asselborn beim EU-Außenministertreffen am 17.11.14 in Brüssel sagte: „Im Ukraine-Konflikt müssen wir gut darauf achten, nicht an einen Punkt zu gelangen, an dem es kein Zurück mehr gibt.“, hatte dies einen beängstigend realen Hintergrund: Die Ukraine-Krise birgt die Gefahr einer atomaren Eskalation. Der deutsche Think Tank „Stiftung Wissenschaft und Politik“, der die Bundesregierung berät, publizierte im Oktober 2014 ein Papier, dessen Autor Oliver Meier von der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik diesen Aspekt der Krise schwerpunktmäßig beleuchtet (SWP-Aktuell 66). Dort wird zunächst beschrieben, welches Ausmaß die durch die Krise verursachten Spannungen zwischen Russland und der NATO bereits angenommen haben. Es wird dann konstatiert, dass Moskau für den Fall eines offenen westlichen Eingreifens in den Krieg schon mehrfach den Einsatz von Atomwaffen angedroht hat, weil es dann die Existenz des russischen Staates gefährdet sähe. Und dass die russische Armee seit der Sezession der Krim (aus westlicher Sicht Annexion), wo die russische Schwarzmeerflotte stationiert ist, in kurzen Abständen Manöver durchführt, in die auch atomwaffenfähige Systeme einbezogen sind. Nach Einschätzung des Autors bedeutet dies zwar nicht zwangsläufig, dass Moskau Atomwaffen einsetzen will, sondern es wolle vielleicht nur den politischen Gegendruck erhöhen. Andererseits warnt er aber: „Die größte Gefahr droht kurzfristig weniger von einer durch Russland betriebenen nuklearen Eskalation als vielmehr von einer möglichen Fehlinterpretation der Absichten der Gegenseite.“³ Er sieht also die Gefahr, dass seitens der NATO ein Atomschlag „präemptiv“ erfolgen könnte – eine Option, die von einigen US-Strategen trotz der schlicht wahnwitzigen Folgen für Europa tatsächlich diskutiert wird.

Dazu ergänzen muss man: So zurückhaltend sich die NATO diesbezüglich rhetorisch gibt, so bedrohlich agiert sie. Seit 2014

führt sie Manöver mit atomwaffenfähigen Systemen in Osteuropa durch. Und: Statt deren Abzug hat die US-Regierung die Modernisierung ihrer Atomwaffen in Deutschland beschlossen - für insgesamt 10 Milliarden Dollar. Dazu gehört auch die Modernisierung deutscher Tornado-Bomber sowie eine erhebliche Geldsumme aus deutschen Steuergeldern [Zeit-Online vom 16.03.14, ARD-Monitor vom 19.06.14, Xanthe Hall in Huffington Post vom 16.01.15]. Zur fortgesetzten NATO-Expansion ist zu sagen: Selbst hochrangige Militärs wie Harald Kujat, früherer Bundeswehr-Generalinspekteur und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, haben wiederholt vor deren Gefahren gewarnt und sich dezidiert dagegen ausgesprochen.

Und zur westlichen Rolle in der Eskalationsspirale: Nachdem führende PolitikerInnen wie Außenminister Steinmeier vor Abschluss von „Minsk II“ westliche Waffenlieferungen für den Fall eines Scheiterns des Abkommens angedroht hatten, haben die USA inzwischen trotz Abschluss und Umsetzung des Abkommens mit Lieferungen begonnen (s.o.). – gestützt auf den „Ukraine Freedom Support Act“, ein im Dezember 2014 vom US-Kongress beschlossenes Gesetz, das den Präsidenten zu einer aktiven Rolle im Ukrainekrieg ermächtigt. Russland hat sich daraufhin vorbehalten, mit direktem militärischem Eingreifen in der Ukraine zu reagieren. Die Eigendynamik, vor der Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn schon 2014 so eindringlich gewarnt hatte (s.o.), wäre dann losgetreten.

EFFEKTE EINER 340-KILOTONNEN-ATOMBOMBE VOM TYP B61⁴

Schon der Abwurf einer einzigen US-Atombombe vom Typ B61 über Moskau (sie hat mit 340.000 Tonnen TNT-Äquivalent die mehr als 26-fache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe) würde über 600.000 Menschen sofort töten und eine noch weit größere Zahl massiv verstrahlen. Der Effekt einer russischen Bombe vom Typ Topol M1 (800 Kilotonnen = mehr als das 60-fache der Hiroshima-Bombe) auf Berlin wäre ähnlich. Hinzu kommt: Bereits der Einsatz von vier B61-Bomben mit maximaler Sprengkraft würde schwere Klimaveränderungen über mehr als 20 Jahre verursachen, mit Milliarden von Hungertoten als Folge. Die Entfesselung der gesamten US- und russischen Arsenale hätte nicht nur durch Sprengkraft, Hitzewirkung und Verstrahlung das Potenzial, die gesamte Erdbevölkerung mehrfach auszulöschen („Overkill“). Sondern sie würde außerdem einen sog. „Nuklearen Winter“ auslösen, der menschliches Leben auf der Erde auf lange Sicht verunmöglichen würde.⁵ Wahrscheinlich 20 Bomben vom Typ B61 sind im Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel stationiert und sollen im Rahmen der sog. „Nuklearen Teilhabe“ der NATO von Bundeswehr-Piloten auf möglichst lohnende gegnerische Ziele abgeworfen werden.

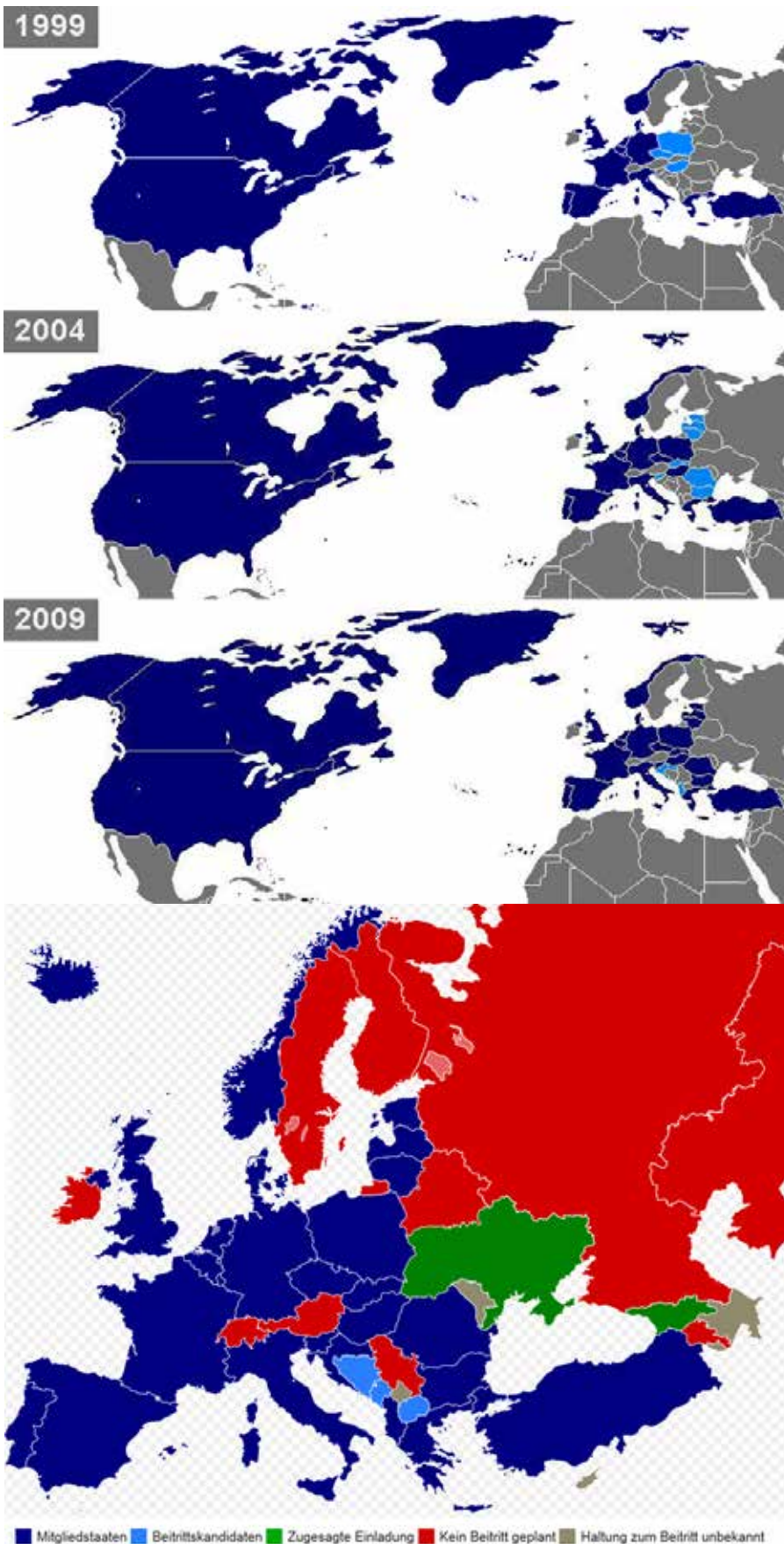
WAS NICHT IN DEN ZEITUNGEN STEHT – DIE HINTERGRÜNDE DER KRISE UND IHRER ESKALATION:

Wie konnte es so weit kommen? Warum ist Russland wieder zum Gegner geworden – knapp 25 Jahre nach dem Ende des Kalten

3 Die nukleare Dimension der Ukraine-Krise, SWP-Aktuell 2014/A 66, Oktober 2014, http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-aktuell-de/swp-aktuell-detail/article/nukleare_dimension_der_ukraine_krise.html

4 Laut <http://nuclearsecrecy.com/nukemap>

5 <http://hinwcampaignkit.org/section-4>



Krieges und der Entschärfung des nuklearen Damoklesschwertes über Europa, zu der nicht zuletzt die IPPNW wesentlich beigetragen und dafür den Friedensnobelpreis erhalten hatte? Liegt das einfach am Großmachtstreben Russlands und eines Hitler-ähnlichen Kreml-Chefs, wie es viele Medien plakativ oder subtil gebetsmühlenartig suggerieren?

Michail Gorbatschow hat uns bei seinem Berlin-Besuch 2014 zum 25. Jahrestag des Mauerfalls daran erinnert: Voraussetzung für die Beendigung des Kalten Krieges, die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abzug der Roten Armee war die Zusage des Westens gewesen, die NATO nicht nach Osten auszudehnen, um Russland nicht in die Enge zu treiben. Genau dies geschah aber in der Folge – bereits in drei großen Wellen: 1999 mit der Aufnahme von Polen, Tschechien und Ungarn, 2004 mit Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, der Slowakei und Sloweniens und 2009 mit Albanien und Kroatien. (Ursprünglich hatte sogar das Territorium der DDR von der militärischen Struktur der NATO ausgenommen bleiben sollen.) Bereits seit den 1990er-Jahren wurden dann mit einer Reihe von weiteren Ländern Abkommen geschlossen, deren Ziel ihre Integration in die NATO ist – auch mit der Ukraine. Parallel dazu wurden Programme zur Einflussnahme in ihrem Inneren gestartet. Z.B. wurden mit den sog. „Farb-Revolutionen“ dort systematisch Kräfte gefördert und finanziert, die West-Integration und NATO-Anschluss betrieben. In der Ukraine wurde so 2004 mit der „Orange Revolution“ die in kurzer Zeit zur Milliardärin und Oligarchin aufgestiegene Julia Timoschenko an die Macht gebracht, und 2014 mit der Kaperung der sozialen Proteste durch Rechtsextreme ein gewaltsamer Staatsstreich neuen Typs herbeigeführt, der Arsenij Jazeniuk zum Ministerpräsidenten machte. Mit diesem Wunsch Kandidaten der USA – der auf der Webseite seiner Stiftung ganz offen mit deren Förderung durch die NATO warb und später den Parlamentsbeschluss zur Aufnahme in die NATO herbeiführte – hat die EU dann ohne dessen Legitimierung durch Wahlen umgehend ihren Assoziationsvertrag geschlossen. Und sich so zum Erfüllungshelfen dieser Politik gemacht.

NATO-OSTERWEITERUNG

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Osterweiterung>



WAS TUN?

Aufgabe der westlichen Friedensbewegung ist vor allem, Forderungen nach Schritten zur Deeskalation der Krise an die eigenen PolitikerInnen und Medien zu richten:

- vollständige Aussetzung des EU-Assoziationsabkommens von 2014 – also nicht nur seines Freihandelsteiles (was bereits Bestandteil von Minsk-II ist) – und insbesondere auch Widerruf der Entsendung von deutschen Soldaten und Polizisten zur Ausbildung ukrainischer „Sicherheitskräfte“
- Ausschluss jeglicher sonstiger militärischer Verwicklung in den Konflikt und jeglicher westlicher Waffenlieferungen an die Kriegsparteien – auch nicht auf Druck von „Falken“ aus anderen NATO-Ländern!
- Aussetzung des 2002 beschlossenen „NATO-Ukraine Action Plan“ (der die Aufnahme der Ukraine in die NATO zum Ziel hat) und der ihm zugrunde liegenden „NATO-Ukraine Charter on a Distinctive Relationship“
- Wiederherstellung der gekappten Kommunikationskanäle der NATO mit Russland sowie seiner vollwertigen Mitgliedschaft in Europarat und G 7/8
- Erarbeitung eines neuen Neutralitätskonzepts für die Ukraine – gemeinsam mit beiden ukrainischen Seiten, der EU, den USA und Russland
- Stopp der Atomwaffenmodernisierung, Kündigung der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands und endlich Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland
- Bekenntnis der öffentlich-rechtlichen Medien zu einer Berichterstattung, die journalistischen statt macht- und interessenpolitischen Vorgaben folgt
- IPPNW-Untersuchung über Form und Folgen eines Atomkrieges in Europa, wie er weiterhin (auch nach dem Ende des Kalten Krieges) Teil der NATO-Planungen ist:
 - Prioritär betroffene Orte wie z.B. Stuttgart, Büchel, Potsdam;
 - Humanitäre Sofort- und Langzeitfolgen
 - Möglichkeiten ärztlicher Hilfe in dieser Situation
 - Hieraus abgeleitet ärztliche Positionierung hierzu (ärztliche – also unterschreibbar durch alle KollegInnen, nicht nur durch die IPPNW!).

Ukraine: Wege aus dem Konflikt

Andreas Buro, 2. Juli 2015

Um Wege aus dem Konflikt zu überlegen, ist es erforderlich darzustellen, von welcher Konfliktkonstellation ausgegangen wird. Die folgenden Thesen sollen dies leisten.

- Ursprung und heutige Konfliktsituation sind vorrangig durch den heute noch bestehenden West-Ost-Konflikt bestimmt. Dieser wurde nicht 1990 beendet. Er besteht im militärischen Abschreckungsbereich bis zur Gegenwart.
- Die USA und die NATO streben eine Einschränkung der Zweitschlagfähigkeit Russlands durch Erweiterung der NATO auf die Ukraine, Georgien und einige andere Länder der Region an; durch den Ausbau ihrer Raketenabwehr, um möglichst frühzeitig russische Interkontinentalraketen abfangen zu können; durch die Aufkündigung der Verträge, die das einst bestehende Abschreckungssystem stabilisierten.
- Durch den Aufbau eines innereuropäischen Abschreckungssystems; indem sie die in Büchel und anderen westeuropäischen Staaten mit den modernsten Nuklearwaffen ausrüsten. Dabei stellt Deutschland die Trägerwaffen.
- Die Ukraine ist nur einer, wenn zur Zeit auch der wichtigste Austragungsort dieses Konfliktes. Die Austragungsbedingungen in der Ukraine sind durch extreme Korruption, eine große Heterogenität der Bevölkerung, eine Herrschaft von superreichen Oligarchen und eine bis zum Bankrott danieder liegende Wirtschaft gekennzeichnet.
- Russland versucht mit seiner Annexion der Krim und deren wichtigsten Kriegshafen Sewastopol, sowie mit seiner massiven Unterstützung von separatistischen Enklaven die Expansionspolitik des Westens offensiv zu beenden. Während die Krim-Annexion vermutlich als dauerhaft geplant ist, dürften die Kämpfe im Donbass eher als taktisches Mittel zur Erzwingung von Zugeständnissen bei der zukünftigen Gestaltung der Ukraine dienen.
- Russland bezweifelt, ob der Westen gute und friedliche Beziehungen zu Russland im Geiste der Charta von Paris aus dem Jahre 1990 herstellen möchte und wendet sich auch wirtschaftlich zunehmend nach Osten den BRICS-Staaten und darunter insbesondere China zu.
- Während die USA am russischen Markt bisher nicht sonderlich engagiert sind, wollen die EU-Staaten die bisherigen guten ökonomischen Beziehungen beibehalten und gerne weiter ausbauen. Die USA möchten dagegen die EU-Staaten möglichst eng als Handelspartner und unbeschränkten Marktteilnehmer an sich binden. Dies stellt einen erheblichen Interessenskonflikt zwischen den USA und den EU-Staaten dar.

DIE DREI GROSSEN AUFGABEN

Zur Überwindung der Krise und Konfrontation sind drei Dinge erforderlich.

Erstens muss der ökonomische Zugang und Durchgang durch die Ukraine so geregelt werden, dass er den wohlverstandenen Interessen der Ukraine und ihrer Handelspartner in Ost und West entspricht. Dabei ist die developmentpolitische Situation mit ihren Schutzbedürfnissen für die ukrainische Wirtschaft zu berücksichtigen. Da gibt es das Schlagwort vom Freihandel von Wladiwostock bis Lissabon. Wir sprechen bescheidener von der Ukraine als Brücke zwischen West und Ost.

Zweitens muss der Westen akzeptieren, dass die EU- und NATO-Expansion gen Osten zum Stillstand kommen muss und ein neues Verhältnis im militärischen Bereich auszuhandeln ist. Das wird nicht schnell eine Rückkehr zur Charta von Paris von 1990 sein können. Zu viel hat sich in der Zwischenzeit ereignet. Gelingt es aber nach vertrauensbildenden Maßnahmen, zu denen es viele Möglichkeiten von beiden Seiten gibt, zu einem dauerhaften Dialog über Deeskalation und Stopp weiterer Aufrüstungsschritte zu gelangen, wäre viel erreicht. In diesem Zusammenhang sollte auch über den Ausbau ziviler Institutionen wie der OSZE und die Entfaltung Ziviler Konfliktbearbeitung gesprochen und vielleicht sogar schon erprobt werden.

Drittens gilt es, die innerukrainischen Kämpfe zu beenden und auch dort einen Dialog über die Gestaltung der Verfassung und das Verhältnis von Autonomie und Zentralregierung in Gang zu setzen. Vorstellbar ist, dass, wenn gewünscht, Deutschland Beratungshilfe anbietet, da seine föderale Struktur und die mit ihr gewonnenen Erfahrungen als Vorbild taugen könnten. Freilich muss der übergroße Einfluss der Oligarchie in der Ukraine selbst überwunden werden. Keine einfache Aufgabe.

EINE ROAD-MAP ZUR KONFLIKTLÖSUNG

Wie kann man sich den Prozess zur Lösung der drei Aufgaben vorstellen? Karl Grobe und ich haben in dem Dossier VII des Monitoring-Projekts „Der Ukraine-Konflikt“ eine solche Road Map entwickelt, die ich hier mit kleinen Aktualisierungen wiedergebe.¹

- Es besteht die Gefahr einer nicht gewollten militärischen Eskalation zwischen den Großmächten. Die NATO und Russland erklären deshalb erneut, sie wollen auf keinen Fall den Konflikt militärisch austragen. Deshalb besteht zwischen NATO und Russland ein rotes Telefon und ein entsprechender Krisenstab.
- Die EU begrüßt diese Erklärungen und bietet Hilfe zur Deeskalation durch vertrauensbildende Maßnahmen an.
- Die NATO erklärt, sie beabsichtigt nicht, die Ukraine als Mitglied aufzunehmen und auch nicht in anderer Form mit ihr militärisch zu kooperieren.

¹ Buro, Andreas und Grobe Karl, Mitwirkung Clemens Ronnefeldt: Dossier VII – Der Ukraine-Konflikt, Hg. Kooperation für den Frieden, Bonn 2014. www.koop-frieden.de

- Die EU erklärt, sie betrachte alle Teile des mit Kiew abgeschlossenen Assoziierungsabkommens, die sich auf eine militärische Kooperation beziehen, als ungültig.
- Kiew erklärt sich als neutral, wie es bereits in seiner Verfassung festgelegt sei. Es würde keinem Militärpakt beitreten.
- Russland erklärt sich mit der Neutralität der Ukraine einverstanden und will sie dauerhaft respektieren.
- Russland beendet daraufhin stillschweigend seine Unterstützung für die Separatisten in der Ost-Ukraine.
- USA und EU akzeptieren die Neutralitätserklärung der Ukraine und bringen zum Ausdruck, sie dauerhaft respektieren zu wollen. Sie kündigen einen Plan an zur stufenweisen Beendigung ihrer Sanktionen gegen Russland und fordern Moskau auf, es ihnen gleich zu tun.
- Kiew erlässt eine Amnestie für die Separatisten und gestattet ihren unbehinderten Abzug.
- Kiew erarbeitet in Konsultationen mit den Vertretern der beiden Donbass-Regionen eine neue föderale Verfassung mit angemessenen Autonomierechten, die auch Minderheiten schützen. In ihr ist eine Wirtschaftsordnung festgelegt mit gleichberechtigten Beziehungen nach West und Ost unter Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Bedürfnisse der Ukraine.
- Die NATO zieht die Streitkräfte ab, die sie während des Konflikts in Mitgliedsstaaten mit einer Grenze zu Russland stationiert hatte.
- Kiew fordert eine neue Volksabstimmung auf der Krim über deren Sezession. Dabei wird Russland vorab vertraglich zugesichert, dass das Areal um den russischen Kriegshafen Sewastopol unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung exterritoriales Gebiet Russlands bleiben würde. Die Volksabstimmung solle unter strikter Kontrolle der OSZE erfolgen und die Ergebnisse wären verbindlich für alle. Russland verpflichtet sich, die kulturellen Rechte der Krimtataren zu respektieren, falls die Abstimmung die Angliederung der Krim an Russland bestätigt.
- Russland erklärt sich bereit, über die Modalitäten dieses Vorschlags zu verhandeln.
- USA, EU und NATO heben ihre Sanktionen gegen Russland auf.
- Russland erklärt sich bereit, mit Kiew über die Lieferung von Öl und Gas und die Verrechnung bestehender Schulden erneut zu verhandeln.
- Deutschland schlägt in Übereinstimmung mit der EU eine dauerhafte Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (Vorbild KSZE) vor – eventuell im Rahmen der OSZE. Auf ihr sollen in mehreren „Körben“ die verschiedenen Themen behandelt und zur Schlichtung von Kontroversen beigetragen werden.
- Kiew fordert Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Moldawien auf, sich ebenfalls für einen neutralen Status zu entscheiden und in regionaler Kooperation bestehende Differenzen – etwa bezogen auf Bergkarabach und Transnistrien – beizulegen und gemeinsame Interessen zu vertreten.
- Die NATO verzichtet darauf, sich um einen Beitritt dieser Länder zu bemühen, falls diese sich für neutral erklären sollten.

Würde nach dieser Road Map verfahren, könnte die Ukraine eine wichtige Rolle als Brücke zwischen West und Ost und zur Befriedung vieler Länder in der Region spielen.

Ein Beitrag der Friedensbewegung zur Deeskalation des Ukraine-Konflikts

Auf der Strategiekonferenz der Dachorganisation „Kooperation für den Frieden“ im Februar 2015 in Hannover wurde über die Frage diskutiert, welchen Beitrag die Friedensbewegung leisten könne. Später erteilte der Kooperationsrat Reiner Braun und mir den Auftrag, eine „Kampagne für Kooperation – Ukraine: Brücke zwischen West und Ost“ aufzubauen. Dazu wollen wir in Deutschland diejenigen Kräfte auch weit über die Friedensbewegung hinaus miteinander in Verbindung und zur Zusammenarbeit bringen, die sich für eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts einsetzen. Wir wissen dabei die Mehrheit der Bevölkerung auf unserer Seite. Angesichts der konfrontativen Politik auf beiden Seiten besteht die ständige Gefahr der gewaltsamen Eskalation.

Deshalb bedarf es einer beständigen gesellschaftlichen Zusammenarbeit der Kräfte in Deutschland, die sich darum bemühen, Konfrontation in Kooperation zu wandeln. Hierzu wollen wir beitragen. Die Ukraine darf nicht Zankapfel zwischen West und Ost sein, sondern kann zur Brücke zwischen West und Ost werden. Das liegt im Interesse aller Menschen dieser großen Region, die Frieden und nicht Krieg wollen.

Wir hoffen auf eine abgestimmte Zusammenarbeit mit vielen anderen gleichgesinnten Kräften in Deutschland. Bürger und Bürgerinnen, Verbände, Kirchen, Gewerkschaften und Parteien rufen wir auf, für eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts einzutreten und sich mit ihren eigenen Möglichkeiten unserer gemeinsamen Zusammenarbeit und Kampagne anzuschließen. Die Vorbereitungen für die Kampagne sind inzwischen angelaufen, erste Stellungnahmen werden eingeholt. An die Öffentlichkeit wollen wir nach der Sommerpause gehen. Wir hoffen auf ein Kuratorium von in der Öffentlichkeit geachteten Persönlichkeiten und auf lokale Mitarbeit. Ein erstes Ziel könnte eine bundesweite Konferenz aller zustimmenden Kräfte Ende 2015 oder Anfang 2016 sein. Auf ihr soll öffentlich werden, wie sehr die Menschen in Deutschland eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts und Kooperation statt Konfrontation mit Russland wünschen.

Wir sagen, friedliche Zusammenarbeit zwischen West und Ost ist notwendig, möglich und dient allen. Helfen wir, damit die Ukraine zur Brücke zwischen West und Ost wird. Erst so entsteht für die Ukraine und ihre heterogene Gesellschaft Freiraum für eigenständige demokratische Entwicklung und wirtschaftliche Konsolidierung.

Prof. Andreas Buro ist Politikwissenschaftler.

Ukrainische Dialoginitiativen in der Krise

Bernhard Clasen

Angesichts der eskalierenden Gewalt in der Ukraine sind die Bedingungen für zivilen Widerstand schwierig: Dialoginitiativen stecken in der Krise. Kaum jemand traut sich, sich offen gegen den Krieg auszusprechen. Doch große Teile der Bevölkerung entziehen sich dem Wehrdienst, indem sie zu vielfältigen Tricks greifen.

Mit einem Fiasko endete am 17. August 2015 die sechste Welle der Mobilisierung für den Krieg im Osten der Ukraine. Anstatt der geplanten 25.000 Personen konnte man gerade einmal 13.000 für die „Antiterroroperation“ mobilisieren. Dies berichtete die ukrainische Tageszeitung „Gazeta.ua“ am 18. August 2015. Grund der mangelnden Mobilisierung, so die Gazeta.ua unter Berufung auf Militärexperten, sei der zunehmend schwindende Patriotismus. Vor einem Jahr sei die ukrainische Gesellschaft noch patriotischer eingestellt gewesen. 5.811 Ordnungs- und 1.500 Strafverfahren habe man gegen Personen eingeleitet, die sich der Mobilisierung entzogen hatten, zitiert die Zeitung Oberst Alexander Prawdiwez, den stellvertretenden Chef der Mobilisierungsabteilung im ukrainischen Generalstab. In einigen Fällen, so der Oberst am 18. August gegenüber der ukrainischen Presse, seien Verweigerer bereits zu Haftstrafen verurteilt worden.

Besonders in der Westukraine sind die Mobilisierungspläne weitgehend gescheitert. Im Gebiet Karpaten, zitiert die in Kiew erscheinende „Komsomolskaja Prawda“ den Gouverneur des Gebietes, Gennadij Moskal, seien gerade einmal 27 Prozent des angestrebten Ziels erreicht worden, im Gebiet Iwanow-Frankiwsk sogar nur 25 Prozent. Um die Mobilisierungszahlen in die Höhe zu treiben, hatte man in den Karpaten zu sehr unkonventionellen Rekrutierungsmaßnahmen gegriffen. So wurden junge Männer an Checkpoints für die Mobilisierung aufgegriffen und Schmuggler sofort nach ihrer Verhaftung in den Krieg geschickt.

Die Bereitschaft, sich dem Kriegseinsatz zu entziehen, ist sogar noch größer als die offiziellen Zahlen der ukrainischen Militärs vermuten lassen. Wer sich auf halblegale Weise der Mobilisierung entziehen konnte, ist in dieser Statistik nicht erfasst.

Alleinstehende Mütter mit drei Kindern können sich in den letzten Monaten vor Heiratsanträgen kaum noch retten. Denn laut Gesetz dürfen Väter von mindestens drei minderjährigen Kindern nicht einberufen werden. Andere lassen sich wiederum scheiden und übernehmen das alleinige Sorgerecht. Auch sie sind vom Militärdienst befreit. Wieder andere gehen für die Sommermonate als Service-Personal auf ein Kreuzschiff. Damit verdienen sie nicht nur das Zehnfache der landesüblichen 200 Euro. Sie sind auch für die Wehrbehörden bis zum Herbst nicht erreichbar.

Eigentlich hätte die sechste Mobilisierungswelle die letzte in diesem Jahr sein sollen. Doch angesichts des Misserfolges dieser Mobilisierungswelle schließen führende ukrainische Militärs weitere Mobilisierungsmaßnahmen in diesem Jahr nicht mehr aus.

RUSLAN KOTSABA

Auch wenn die Bevölkerungsmehrheit den Krieg ablehnt - offen gegen den Krieg hat sich nur ein einziger Bürger der Ukraine ausgesprochen. Im Januar hatte der westukrainische Journalist Ruslan Kotsaba in einem auf Youtube veröffentlichten Video erklärt, dass er den Kriegsdienst verweigern werde. Gleichzeitig forderte er die Bevölkerung auf, ebenfalls zu verweigern. Er habe sich bereits entschieden, sagte Kotsaba in seiner an Präsident Poroschenko gerichteten Videobotschaft: Er werde eher in das Gefängnis gehen als auf seine Landsleute im Osten des Landes schießen. Der Staat wartete nicht lange. Im Februar wurde Kotsaba verhaftet. Seitdem sitzt er in Untersuchungshaft. Ihm droht eine mehrjährige Haftstrafe wegen Vaterlandsverrat und Wehrkraftzersetzung.

ABSTIMMUNG MIT DEN FÜSSEN

Doch der Fall Kotsaba zeigt auch, dass sich kaum jemand traut, sich öffentlich zu artikulieren: „Ich hatte innerhalb weniger Tage mehrere hunderttausend Klicks auf meiner Youtube-Seite“, berichtete mir Kotsaba wenige Tage vor seiner Verhaftung im Winter dieses Jahres. „Doch nicht ein einziger hat sich offen mit mir solidarisiert“.



DEMONSTRATION GEGEN DEN KRIEG IN DER UKRAINE IN MOSKAU

Flickr, Creative Commons, Vladimir Varfolomeev

„Wer weniger als 200 Euro im Monat verdient, und das ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, interessiert sich nicht für die Frage, welchen Status Donezk haben soll. Die Leute sind depressiv, viele verlieren ihre Arbeit. Es wird sehr viel getrunken, viele Narkotika werden konsumiert. Die Depression der Menschen nimmt zu“, beklagt sich ein Aktivist der kleinen Gewerkschaft „Schutz der Arbeit“. „Der Krieg ist für uns alle gleich weit entfernt: vom Sofa zum Fernseher. Und solange sich Krieg für die Bevölkerungsmehrheit nur im Fernsehen abspielt, reden sich viele ein, das alles ginge sie gar nichts an“, so der Gewerkschaftsaktivist.

GEWERKSCHAFTSARBEIT

„Gewerkschaftsarbeit ist indirekt auch Anti-Kriegs-Arbeit“ berichtet mir ein Aktivist aus Odessa. „Kürzlich rief uns eine Angestellte einer deutschen Firma, die in Odessa eine Niederlassung hat, auf unserer Hotline an. Sie hatte sich beschwert, dass die Firma sie zwingt, jeden Tag neun Stunden an der Kasse zu stehen. Nicht eine Minute dürfe sie sitzen, habe sie sich beschwert. „Wenn sich doch die Menschen häufiger beschweren würden“ seufzt der Mann von „Schutz der Arbeit“. „Wenn wir als Gewerkschaft ein Faktor wären, am ersten Mai zu Zehntausenden auf die Straße gingen, dann wüsste die Regierung, dass mit der Zivilgesellschaft zu rechnen ist und dann wäre auch der Krieg im Osten des Landes nicht mehr politisch durchsetzbar.“

DAS CHARKOWER DIALOG-PROJEKT

Lange schien es im Frühling und Sommer 2014, dass auch die ostukrainische Millionenstadt Charkow in den Strudel der Gewalt gezogen werde. Am 7. April waren gleichzeitig die „Volksrepubliken“ Donezk und Charkow ausgerufen worden. Für kurze Zeit hatten prorussische Aktivisten die Bezirksverwaltung von Charkiw besetzt, waren aber aus dieser von einer Sondereinheit der Miliz wieder vertrieben worden. Erneut eskalierte die Stimmung, als Bürger der Stadt, allen voran der „Rechte Sektor“, am 28. September das Lenin-Denkmal schleiften.

Vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzungen gründete sich unter Leitung von Alena Kopina eine Gruppe, die zum Dialog zwischen prorussischen und proeuropäischen BewohnerInnen der Stadt aufrief. Man organisierte Foren und Veranstaltungen, zu denen Vertreter beider Spektren kamen. Doch inzwischen ist es ruhiger geworden um die Gruppe, die selbst immer weniger auf die Stimmung in der Stadt einwirken kann. Es sind vor allem zwei Gründe, die den geschwundenen Einfluss des Dialog-Projektes erklären könnten:

Von Anfang an hatten führende Vertreter von Maidan- und Antimaidan-Bewegungen ihre Teilnahme an dem Dialogprojekt abgelehnt. Man habe es hier mit einem Konflikt zu tun, der von außen hereingetragen worden sei. Ein Dialog vor Ort sei Augenwischerei, denn er würde den ausländischen Faktor ausblenden.

Waren zu Beginn des Projektes die Anhänger des Euromaidan in der Überzahl, kommen nun kaum noch prorussisch eingestellte Bewohner der Stadt zu den Veranstaltungen des Dialogforums. Bezeichnenderweise saßen auf einer Pressekonferenz des Dia-

logprojektes Mitte Mai im Charkower Kriseninformationszentrum nur Personen auf dem Podium, die stadtbekannte Euromaidan-Aktivisten sind, die einzige Fahne im Raum war eine Fahne des Rechten Sektors.

Alena Kopina lässt sich jedoch nicht beirren. Sie glaubt an den langen Atem, den es brauche, um der Gesellschaft begreiflich zu machen, dass Dialog eine Alternative zur Gewalt sei.

Mediation, so ihr Credo, sei in der Ukraine nötiger denn je. So hat sie nun ein langfristiges Programm zur Ausbildung von MediatorInnen ins Leben gerufen, das teilweise in Bosnien-Herzegowina stattfinden soll, wo man sich mit MediatorInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien austauschen will.

Bernhard Clasen, freier Journalist und u.a. Korrespondent der tageszeitung in Kiew

„Wer den Einsatz von Atomwaffen anordnet, handelt verbrecherisch“

Interview mit Dr. Dieter Deiseroth

Dieter Deiseroth ist Richter am Bundesverwaltungsgericht und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der IPPNW und der IALANA.

Herr Deiseroth, die britische Times berichtete im April diesen Jahres, dass Putin angeblich mit dem Einsatz von Atomwaffen drohe, sollte die NATO ihre Präsenz in den Staaten Estland, Lettland und Litauen erweitern. Warum bewegt Sie die Aussage von Putin, wonach dieser angeblich auch bereit ist, Atomwaffen einzusetzen?

Dieter Deiseroth: Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen. 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges gibt es nach der jüngsten Studie des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI weltweit immer noch ca. 16.300 Nuklearwaffen, davon ca. 7.300 in den Arsenalen der USA und ca. 8.000 in denen Russlands. Wer den Einsatz von Atomwaffen anordnet, handelt verbrecherisch. Denn er begeht schwere Kriegsverbrechen. Atomwaffen können wegen ihrer spezifischen Wirkungen nicht ohne Verstoß gegen die Genfer Konventionen und damit nur unter Verletzung des humanitären Völkerrechts eingesetzt werden. Was man nicht einsetzen darf, darf man nach dem Völkerrecht, wie der Internationale Gerichtshof festgestellt hat, auch nicht androhen.

Der Einsatz einer einzigen modernen Atomwaffe würde in seinen Wirkungen das Ausmaß der Zerstörung und Verwüstung von Hiroshima und Nagasaki im August 1945 weit übertreffen. Vor allem aber gilt es zu beachten: Die „Logik“ der atomaren Abschreckungssysteme der Atomwaffenstaaten ist strukturell auf Eskalation ausgerichtet. Ein Ersteinsatz von Atomwaffen und die damit verbundene Überschreitung der nuklearen Schwelle begründen die systemische Gefahr eines nuklearen Schlagabtausches zwischen den gegnerischen Atommächten.

Wir hätten es dann mit einem Atomkrieg zu tun?

Dieteroth: Genau, und dieser würde, so belegen es zahlreiche wissenschaftliche Studien, über die verwüsteten Zielgebiete hinaus weltweit verheerende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, die Umwelt und das globale Klima („Nuklearer Winter“) haben. Damit wird letztlich die Existenz unseres Planeten Erde und künftiger Generationen aufs Spiel gesetzt. Das hat erst kürzlich die von der österreichischen Bundesregierung einberufene große internationale Konferenz „The Humanitarian Impact of Nuclear Weapons“ mit zahlreichen herausragenden Experten im Dezember 2014 in Wien erneut eindrucksvoll deutlich gemacht.

Wenn ein Land explizit mit dem Einsatz von Atomwaffen droht, fühlt es sich offensichtlich so angegriffen, dass ihm keine andere Wahl mehr zur Verfügung steht, als dieses „ultimative Mittel der Abschreckung“ zu gebrauchen. Aber gab es überhaupt eine derartig gewaltige Bedrohung in der Ukraine-Krise gegen Russland?

Deiseroth: Nein, davon kann meines Erachtens keine Rede sein. Nichts konnte oder kann die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen rechtfertigen, auch nicht im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise. Aber im Bereich der Sicherheitspolitik kommt es nicht allein auf Fakten, sondern vor allem auf die Perzeption, die Wahrnehmung und Einschätzung von Fakten und Entwicklungen durch die potenziellen Konfliktkontrahenten an. Und gerade hier hat - schauen wir auf die eigene Seite - „der Westen“ in den vergangenen Jahren gegenüber Russland gravierende Fehler begangen.

Worin sehen Sie diese Fehler?

Deiseroth: Auch nach dem Ende des Kalten Krieges kann Sicherheit von Staaten nicht einseitig erlangt werden. Wir leben in einer Welt, deren ökonomische, politische, kulturelle und vor allem militärische Strukturen im zunehmenden Maße voneinander abhängig sind. Die Sicherheit der eigenen Nation lässt sich nicht auf Kosten anderer Nationen erreichen. Im nuklearen Zeitalter der gegenseitig gesicherten Zerstörung ist Sicherheit nicht mehr vor dem potentiellen Gegner, sondern nur noch mit ihm, d.h. als gemeinsame Sicherheit zu erreichen.

Die Regierungen der USA als de-facto-Führungsmacht der NATO haben in den letzten Jahren vieles getan, was den Argwohn Russlands begründen konnte, seine Sicherheitsinteressen sollten missachtet werden.

Können Sie Beispiele anführen?

Deiseroth: Ich nenne nur drei Stichworte: NATO-Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands heran, Aufbau von angeblich allein gegen „Schurkenstaaten“ gerichteten „Raketenabwehrsystemen“ auch im unmittelbaren Umfeld Russlands sowie die Investition von ca. 5 Milliarden US-Dollar in den alles andere als friedlichen „system change“ in der Ukraine. Russland hat mit der Aufnahme der Krim das Völkerrecht gebrochen.

Bleiben wir doch erstmal bei den geostrategischen Interessen Russlands. Welche sind das?

Deiseroth: Zunächst muss man festhalten: Die Krim war seit den 1950er Jahren staats- und völkerrechtlich integraler Bestandteil der Ukraine. Russland hat im Budapester Abkommen 1994 im Zusammenhang mit der Aufgabe des Atomwaffenstatus der Ukraine dieser ausdrücklich garantiert, ihre territoriale Integrität uneingeschränkt zu achten. Diese Verpflichtung ergab und ergibt sich ohnehin aus der UN-Charta. Deshalb waren die - von Putin zwischenzeitlich auch öffentlich eingeräumten - politischen und militärischen Aktivitäten Russlands zur Unterstützung der Sezessionsbemühungen von Entscheidungsträgern der Krim vor, während und nach dem Krim-Referendum im Frühjahr 2014 sowie die nachfolgende Aufnahme der Krim in den russischen Staatsverband, ein Bruch geltenden Völkerrechts.

Also Sie sagen auch klar, dass Russland das Völkerrecht gebrochen hat?

Deiseroth: Natürlich, denn die völkerrechtliche Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine wurden missachtet. Das kritisiert „der Westen“ zu Recht, auch wenn er selbst in zahlreichen Fällen immer wieder gegen geltendes Völkerrecht verstoßen hat und verstößt (Kosovo, Irak, Afghanistan, Libyen, Drohnenkrieg, Guantanamo etc.), was seine Glaubwürdigkeit schwer beschädigt hat.

Sollte sich herausstellen, dass Putin die Aussagen so wie zitiert getätigt hat, dann hätte Putin entgegen dem Völkerrecht gehandelt. Was genau bedeutet das? Oder anders gefragt: Hätte das Konsequenzen? Gegen Völkerrecht wird ständig verstoßen.

Deiseroth: Staatsoberhäupter genießen zumindest während ihrer Amtszeit nach nationalem und internationalem Recht weithin Immunität. Daran kommt man bis heute nicht vorbei. Völkerrechtsbrüche dürfen trotzdem nicht kaschiert und beschwiegen werden. Man muss sie aufdecken, kritisieren und öffentlich delegitimieren. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern auch der Zivilgesellschaften.

Völkerrecht braucht zu seiner Durchsetzung in starkem Maße das Engagement des „Weltgewissens“, also all derer, die sich national und international für die Stärke des Rechts gegen das „Recht des Stärkeren“ engagieren. Die Bürgerinnen und Bürger der Zivilgesellschaften, ihre Initiativen und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), die Kirchen, Gewerkschaften und Parteien müssen deshalb bei ihrem notwendigen „blaming and shaming“ gegenüber Völkerrechtsbrechern entsprechenden Druck zur Einforderung völkerrechtskonformen Verhaltens entwickeln und entfalten, dem sich Regierungen und Politiker auf Dauer nur schwer entziehen können. Dieses „blaming and shaming“ gegenüber Völkerrechtsbrechern innerhalb und außerhalb staatlicher Instanzen ist kein Selbstzweck, sondern notwendig schon aus einem ganz praktischen Grund: Das Beschweigen und die widerspruchslose Hinnahme von Völkerrechtsbrüchen können dazu beitragen, dass sich eine geduldete und fortgesetzte Staatenpraxis herausbildet, aus der heraus sogar neues Völkergewohnheitsrecht entsteht.

Nun ja, aber dass es mit der Durchsetzung des Völkerrechts nicht immer so einfach ist, darüber kann man nicht hinwegreden.

Deiseroth: Dem US-amerikanischen Völkerrechtler Louis Henkin wird die prägnante Aussage zugeschrieben: Die meisten Rechtsgenossen, also die Staaten und die Internationalen Organisationen, beachten die Vorschriften des Völkerrechts in den meisten Fällen die meiste Zeit. Dieser Befund ist in der Tat zutreffend. Man kann empirisch gesichert davon ausgehen: Was die Rechtsbefolgung angeht, schneidet das Völkerrecht grundsätzlich nicht schlechter ab als das innerstaatliche Recht, auch wenn es keine nach dem Muster des innerstaatlichen Rechts ausgebildete Zwangsgewalt mit Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichten und Vollstreckungsbehörden kennt. Das sollte man nicht kleinreden. Und trotzdem besteht natürlich Handlungsbedarf.

Wie meinen Sie das?

Deiseroth: Wo immer die institutionelle Möglichkeit besteht, Völkerrechtsbrecher zur Rechenschaft zu ziehen oder gar vor ein nationales oder internationales Gericht zu bringen, sollte dies genutzt werden. Dazu gehört auch, mehr Staaten dazu zu bewegen, das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zu ratifizieren. Außerdem sollten sich mehr Staaten ohne Vorbehalte der internationalen Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs, des Hauptrechtsprechungsorgans der UNO, unterwerfen. Auch Deutschland hat dies bislang unzureichend getan.

Die UN-Generalversammlung, in der alle Staaten dieser Welt das gleiche Stimmrecht haben, sollte verstärkt dafür genutzt werden, schwere Völkerrechtsverletzungen auf der globalen Bühne offen zu kritisieren und Mehrheiten für entsprechende Resolutionen zu gewinnen. In völkerrechtlichen Streitfällen sollte die UN-Generalversammlung zudem stärker als in der Vergangenheit, von ihrem in Art. 96 UN-Charta verankerten Recht Gebrauch machen, Rechtsgutachten beim Internationalen Gerichtshof (IGH) zu strittigen Fragen anzufordern.

Sie sollte außerdem dem UN-Generalsekretär endlich die allgemeine Ermächtigung erteilen, seinerseits jederzeit beim IGH aus eigener Kompetenz Rechtsgutachten zur Klärung völkerrechtlicher Streitfragen einzuholen. Hier bestehen gerade auch für NGOs wichtige Aktionsmöglichkeiten, um auf globaler Ebene Mehrheiten in der UN-Generalversammlung für entsprechende Initiativen zu organisieren.

Kommen wir nochmals auf die geostrategischen Interessen Russlands in Sachen Krim zurück.

Deiseroth: Die Krim war und ist der zentrale Stützpunktbereich der russischen Schwarzmeer-Flotte, der mit einer erheblichen Militärpräsenz völkerrechtlich durch ein vor wenigen Jahren zwischen Russland und der Ukraine abgeschlossenes Stationierungsabkommen auf Jahrzehnte hinaus garantiert ist. Diesem Flottenstützpunkt wurde und wird offenkundig von Russland eine große militärstrategische Bedeutung beigemessen.

Hinzukommen seit Jahren zunehmende Befürchtungen Russlands, einer geostrategischen Einkreisung durch die NATO, vor allem durch deren Führungsmacht, ausgesetzt zu sein. Präsident Putin hat diese Kritik ja bereits vor Jahren in seiner spektakulären Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz zum Ausdruck gebracht. Niemand hat sich damit hinreichend auseinandergesetzt.

Aber können sich die Staaten Mittel- und Osteuropas, die in die NATO strebten und streben, nicht darauf berufen, dass sowohl das geltende Völkerrecht als auch die KSZE-Schlussakte von Helsinki jedem Staat das uneingeschränkte Recht einräumen, selbst zu entscheiden, ob es einem Bündnis beitreten will oder nicht? Ist das Beharren Russlands auf „Einflusszonen“ nicht selbst völkerrechtswidrig?

Deiseroth: Das ist richtig. Das Völkerrecht berechtigt jeden Staat, auch die Ukraine, seine Bündnispartner selbst zu wählen und



zu entscheiden, ob er z.B. einen Antrag auf Aufnahme in die NATO oder die EU stellt oder nicht. Die bereits erfolgten NATO-Osterweiterungen entsprechen offenkundig den Wünschen weite Kreise der Bevölkerung der Beitrittsländer.

Man kann durchaus so argumentieren, dass es für diese Wünsche, historisch betrachtet, auch gute Gründe gibt.

Deiseroth: Die Wünsche sind aufgrund der historischen traumatischen Erfahrungen dieser Völker mit dem früheren Zarenreich und dann der stalinistischen und nachstalinistischen Sowjetunion auch durchaus versteh- und erklärbar.

Das heißt freilich nicht, dass die NATO und ihre Mitgliedsstaaten gezwungen wären, solchen Aufnahmeanträgen - auch z.B. künftigen der Ukraine oder Georgiens - zu entsprechen. Das bestimmt sich allein danach, welche Politik man verfolgen will. Grundlage und Orientierung der bisher erfolgten NATO-Osterweiterungen war eben nicht die Ausrichtung auf eine gemeinsame Sicherheit aller potenziellen Konfliktparteien. Das aber ist unverzichtbar.

Wie sieht die Realität aus?

Deiseroth: Eng verbunden mit dem jeweiligen NATO-Beitritt neuer Mitgliedsstaaten sind regelmäßig kostspielige Rüstungsmodernisierungen und die Ausrüstung der neuen Bündnispartner mit NATO-kompatiblen Waffensystemen sowie der Aufbau von neuen Militärstützpunkten und die Entwicklung entsprechender Einsatzkonzepte gegen den in dieser Region objektiv einzigen potenziellen externen Gegner Russland. Die Beitrittsländer werden so als NATO-Mitgliedsstaaten ausnahmslos in das NATO-Militärsystem eingebunden und damit nicht nur aus der Sicht Russlands,

sondern auch objektiv zu vorgeschobenen NATO-Militärbasen.

Hier scheint der „Knackpunkt“ der Auseinandersetzung zu liegen.

Deiseroth: Es ist alles andere als fernliegend, dass vor allem die skizzierte Entwicklung der NATO-Osterweiterungen, verbunden mit dem Aufbau vor allem US-amerikanischer Militärpräsenzen und mit vielfachen Manövern im Umfeld Russlands im Rezeptionshorizont der russischen Entscheidungsträger als geostrategische Einkreisung, ja als eine Sicherheitslage wahrgenommen wurde und wird, die derjenigen vergleichbar ist, in der sich die US-Regierung im Oktober 1962 wähnte.

Damals dislozierte die Sowjetunion Atomraketen auf Kuba, also im unmittelbaren geographischen Umfeld der USA, was nach der Begründung der sowjetischen Regierung geschah, um die USA von einem Angriff auf Kuba abzuschrecken. Auch Kuba hatte ja nach geltendem Völkerrecht als souveräner Staat ohne Zweifel das Recht, sich die Sowjetunion als Bündnispartner zu wählen und zu entscheiden, auf seinem Territorium russische Militärbasen als Abschreckung gegen mögliche Angriffe der USA, die es damals ja bereits u.a. in der kubanischen Schweinebucht gegeben hatte, zuzulassen. Dennoch haben die USA und ihre NATO-Bündnispartner in der Stationierung sowjetischer Raketen „vor ihrer Haustür“ - nachvollziehbar - eine elementare Bedrohung ihrer Sicherheitsinteressen gesehen und einen nuklearen Weltkrieg riskiert, um dies rückgängig zu machen.

In beiden Fällen kann nicht von einem gemeinsamen Konzept der Sicherheit gesprochen werden.

Deiseroth: In der Tat. Zu welcher gefährlichen Krise die Missachtung der Sicherheitsinteressen des potenziellen Gegners führen kann, hat die Kuba-Situation überdeutlich gemacht. Dass es im Oktober 1962 im Verlaufe dieser extremen Krisensituation nicht zu einem atomaren Schlagabtausch und damit nicht zu einem die ganze Menschheit bedrohenden nuklearen Inferno kam, war nicht allein ein Ergebnis des Krisenmanagements, sondern vor allem auf besonders glückliche Umstände zurück zu führen. Das haben sowohl der damalige US-Justizminister Robert Kennedy, der von seinem Präsidentenbruder maßgeblich in das Krisenmanagement eingebunden worden war, als auch der damalige US-Verteidigungsminister Robert McNamara in mehreren Publikationen wiederholt eindringlich beschrieben.

Eine Missachtung der im Nuklearzeitalter bestehenden existenziellen Notwendigkeit, in der Sicherheitspolitik vom Grundkonzept „gemeinsamer Sicherheit“ auszugehen, zeigt sich gegenwärtig sehr praktisch und deutlich auch am Beispiel der offenkundig immer weiter fortschreitenden Osterweiterung der NATO und der zunehmenden militärischen Präsenz ihrer Führungsmacht USA an den Peripherien Russlands - in mancher Hinsicht eine „umgekehrte Kuba-Situation“.

Lassen Sie uns nun die „andere Seite“ noch etwas weiter beleuchten. Sie haben bisher angesprochen, dass Russland klare geostrategische Interessen in der Region hat, das Völkerrecht gebrochen hat, aber dass auch „der Westen“ in dem Konflikt nicht gerade vorsichtig agiert. In einem IALANA-Brief ist davon die Rede, dass die „NATO-Osterweiterung eklatant politischen Zusagen widerspricht, die Russland von den USA und anderen NATO-Staaten im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung und der Charta von Paris nach 1989/1999 gegeben worden sind.“ Können Sie das näher erläutern?

Dieter Deiseroth: Die NATO-Osterweiterungen der letzten beiden Jahrzehnte erfolgten entgegen politischer Zusagen des damaligen US-Präsidenten George Bush sen. und seines Außenministers James Baker gegenüber dem damaligen sowjetischen Präsidenten Gorbatschow bei der Beendigung des Kalten Krieges und bei Abschluss der Charta von Paris im Jahre 1990.

Gorbatschow hat dies mehrfach zum Ausdruck gebracht, z.B. in einem Interview mit der Bild-Zeitung am 2.4.2009. Ich darf daraus wörtlich zitieren: „Kohl, US-Außenminister James Baker und andere sicherten mir zu, dass die NATO sich keinen Zentimeter nach Osten bewegen würde. Daran haben sich die Amerikaner nicht gehalten, und den Deutschen war es gleichgültig. Vielleicht haben sie sich sogar die Hände gerieben, wie toll man die Russen über den Tisch gezogen hat. Was hat es gebracht? Nur, dass die Russen westlichen Versprechungen nun nicht mehr trauen.“

Hinzu kommt die sehr unterschiedliche Entwicklung der Militärausgaben. Nach den Feststellungen des Stockholmer SIPRI-Instituts gab Russland 2013 ca. 88 Milliarden Dollar für seine Militärrüstung aus; Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich kamen auf 168 Milliarden.; die USA allein wandten 640 Milliarden Dollar auf, alles in Allem etwa das Achtfache des russischen Budgets. 2014 wurde dieses eklatante Ungleichgewicht nicht verändert. Neue Steigerungen der Militäretats sind

beschlossen. Die Sicherheitsfachleute Russlands konnten zudem in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten konstatieren, dass sich diese Entwicklung durchaus in ein Konzept einfügte, das neben vielen anderen Akteuren und „Think Tanks“ auch einer der wichtigsten Berater der US-Sicherheitspolitik, Zbigiew Brzezinski, schon 1997 in einer brisanten Studie formuliert hatte.

Die amerikanischen geostrategischen Interessenkalküle werden in Russland mit großer Beunruhigung registriert und beurteilt.

Sie meinen das Buch „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft“?

Deiseroth: Darum geht es. Brzezinski, der auch zum Beraterkreis des gegenwärtigen US-Präsidenten Obama zählt, stellte in dieser Studie Überlegungen über das „riesige, merkwürdig geformte eurasische Schachbrett - das sich von Lissabon bis Wladiwostok erstreckt“ an; dieses sei „der Schauplatz des global play“, wobei „eine Dominanz auf dem gesamten eurasischen Kontinent noch heute die Voraussetzung für globale Vormachtstellung“ sei, und „zwar einfach deshalb, weil Eurasien der mit Abstand größte Kontinent ist, auf dem 75 Prozent der Weltbevölkerung leben und der dreiviertel der weltweit bekannten Energievorkommen beherbergt“.

Energievorkommen. Wenn hier mal nicht deutlich eine Interessenpolitik zum Vorschein kommt....

Deiseroth: So kann man das sagen. Aber ich möchte noch etwas weiter aus der Studie zitieren. Brzezinski folgerte deshalb: „Eine Macht, die Eurasien beherrscht, würde über zwei der drei höchst entwickelten und wirtschaftlich produktivsten Regionen der Welt gebieten.“ Er kommt deshalb zu dem Schluss, dass das erste Ziel amerikanischer Außenpolitik darin bestehen müsse, „dass kein Staat oder keine Gruppe von Staaten die Fähigkeit erlangt, die Vereinigten Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren Schiedsrichterrolle entscheidend zu beeinträchtigen“. Es gelte, „die Gefahr eines plötzlichen Aufstiegs einer neuen Macht erfolgreich (hinauszuschieben)“. Die USA müssten das Ziel verfolgen, „die beherrschende Stellung Amerikas für noch mindestens eine Generation und vorzugsweise länger zu bewahren ...“ Sie müssten „das Emporkommen eines Rivalen um die Macht (...) vereiteln“.

Nochmal: Die von Ihnen zitierten Stellen zeigen sehr deutlich, welche geostrategischen Überlegungen angestellt werden.

Deiseroth: Es ist alles andere als fernliegend, dass solche geostrategischen Interessenkalküle in Russland, das Präsident Obama kürzlich noch als „bloße Regionalmacht“ bezeichnet hat, angesichts z.B. der vom US-Außenministerium eingeräumten Investition von 5 Milliarden US-Dollar in den ukrainischen Systemwechsel sowie der seit Jahren zunehmenden Zahl von Militärbasen in Osteuropa und Manövern der USA und der NATO u.a. im Schwarzen Meer und im russlandnahen Luftraum mit großer Beunruhigung registriert und beurteilt wurden und werden.

Wie schätzen Sie die Rolle der EU in diesem geostrategischen Konfliktfeld im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise ein?

Deiseroth: Die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Orientierung am Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“ ist auch von der EU, deren Mitgliedsstaaten ja fast ausnahmslos über die NATO mit der transatlantischen Führungsmacht eng verbunden sind, bei ihren Verhandlungen mit der Ukraine über das EU-Assoziierungsabkommen gravierend missachtet worden. Dieses betrifft ja nicht nur Zoll- und Handelsfragen, die für das mit der Ukraine bisher wirtschaftlich relativ eng verbundene Russland von großer Bedeutung sind. Abstimmungen mit Russland haben darüber über Jahre hinweg nicht stattgefunden. Das EU-Assoziierungsabkommen beinhaltet darüber hinaus auch wichtige - vor der Öffentlichkeit vielfach abgeschirmte - militärpolitische und militärische Bestandteile, die durchaus im Zusammenhang mit der NATO-Osterweiterung gesehen werden können - jedenfalls in der Perzeption Russlands.

Das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen ist ziemlich beschädigt. Was sollte Ihrer Meinung nach getan werden, um die Situation zu entspannen?

Deiseroth: Es gibt keinen „Reset-Knopf“, durch dessen Betätigung man die Entwicklung zu Russland mit ihren wechselseitig erfolgten und erlittenen Vertrauensbrüchen der letzten Jahre einfach zurückdrehen könnte. Trotz allem muss ein Neuanfang im Verhältnis zwischen dem Westen und Russland gewagt werden.

Wie kann das gehen?

Deiseroth: Der Weg führt zunächst über vertrauensbildende Maßnahmen. Wichtig ist dabei, die gemeinsamen und unterschiedlichen Interessen offen und wahrhaftig auszuloten und zu formulieren. Bestehende völkerrechtliche Bindungen müssen ernst genommen und bekräftigt werden. „Double standards“ müssen hierbei vermieden werden. Wer über Völkerrechtsbrüche der anderen Seite klagt, muss auch die eigenen Verstöße gegen geltendes Recht zur Diskussion und Disposition stellen.

Ein Beispiel: Wer die völkerrechtswidrige Eingliederung der Krim in die Russische Föderation beklagt, muss auch über Guantanamo sprechen. Die USA haben diesen auf dem Territorium Kubas gelegenen Stützpunkt 1903 zunächst durch militärische Gewalt, später dann durch Zwangspachtverträge an sich gebracht und sich bis heute allen kubanischen Forderungen nach Rückgabe widersetzt.

Zudem müssen bestehende institutionelle Möglichkeiten zur Vertrauensbildung genutzt werden. Dies gilt etwa für den de facto seit Monaten „eingefrorenen“ NATO-Russland-Rat und seine Untergremien, aber vor allem auch für die Mechanismen in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie im Europarat und in den Vereinten Nationen.

Zur Vertrauensbildung gehört auch, die bestehenden Militärhaushalte zumindest einzufrieren und sie keinesfalls weiter zu erhöhen. Notwendig sind ferner Gewaltverzichtserklärungen und geeignete Maßnahmen zu ihrer Einhaltung und Umsetzung.

Maßnahmen, die konflikteskalierend wirken, müssen unterbleiben. Dazu gehören auch die hier in Rede stehenden Äußerungen Putins über mögliche Atomwaffeneinsätze, sei es im Ukrainekonflikt, sei es gegenüber nordischen Staaten. Die Sicherheitspolitiken sowohl des Westens als auch Russlands müssen auf eine Orientierung hin zu Konzepten „gemeinsamer Sicherheit“ verändert und umgepolt werden. Das ist ein komplizierter Prozess, in den sich vor allem auch die EU als Zivilmacht mit ihrer großen ökonomischen Potenz einbringen sollte. Nationale Alleingänge sind wenig hilfreich.

Interview mit Marcus Klöckner auf Telepolis, 02.04.2015, <http://www.heise.de/tp/artikel/44/44566/1.html>

Ukraine vor dem Herbst/Winter 2015

Thesen zum Nachdenken und Streiten von Reiner Braun

1. Die Ukraine ist ein Land im latenten Bürgerkrieg – Minsk II hat nur zu ersten Schritten hin zu einem „eingefrorenen Konflikt“ geführt, wie wir ihn aus Georgien, Moldawien etc. kennen. Der Bürgerkrieg ist nicht offen ausgebrochen, u.a. weil die Regierung der Ukraine - trotz massiver Unterstützung besonders durch die USA und anderen NATO-Staaten - nicht über eine einsatzfähige Armee verfügt. Dies liegt an der hohen Zahl von Deserteuren. Die Schätzungen sprechen von 18.000 meist jungen Männern, die in die umliegenden Länder oder in die Illegalität geflüchtet sind, tausende aus den noch besser gestellten „Mittelschichten“ haben sich freigekauft und nach Aussagen ukrainischer Zeitungen sind in Kiew 95% der Angeschriebenen nicht zur Einberufung erschienen. Auch wenn die Zahlen auf dem Land angesichts engerer Überwachungsmöglichkeiten geringer sind, sind sie auch dort hoch. Ohne Armee, bei wachsender Anti-Kriegsstimmung in der Bevölkerung, ist eine Fortsetzung des Krieges kaum möglich. Zudem hat ein Land, das im Krieg ist, Schwierigkeiten, Kredite von IWF und Weltbank zu erhalten. Eine Kriegserklärung müsste konsequenterweise gegen Russland ausgesprochen werden, da die Kiewer Regierung Russland beschuldigt, in der Ostukraine zu intervenieren. Das wiederum würde militärische Maßnahmen seitens Russlands legitimieren. Außerdem würde das im Kriegsfall geltende Kriegsrecht einen anderen Umgang mit den Aufständischen nach sich ziehen müssen als die bisherige Behandlung als „Terroristen“. Sie müssten z.B. als Kriegsgefangene behandelt werden, für die internationales Recht gilt. Auch Russland dürfte wenig Interesse an einem Krieg in vollem Umfang haben, sondern eher an einem „low intensity conflict“.

2. Die zarten Pflänzchen zur Kooperation stärken.

Die Anti-Kriegsstimmung in der Ukraine, die in wachsendem Gegensatz zur Kriegspropaganda von Teilen der Regierung und der rechtsradikalen Frontkämpfer steht und die desolante soziale Situation führen dazu, dass auch in der Regierung und im Parlament „realistischere“ Kräfte gestärkt werden. Das zeigt sich an der anstehenden und von Poroschenko befürworteten Verfassungsreform, die föderale Strukturen mit mehr Autonomie beinhaltet. Hinzu kommt der tendenzielle Rückzug einzelner schwerer Waffen aus dem Kampfgebiet. Über die weitere Umsetzung von Minsk II wird weiter geredet. Besonders die großen europäischen Regierungen drängen auf Fortschritte. Ihre strategischen Ziele, die Einbeziehung des größten Teils der Ukraine in das „westliche Lager“ wurden erreicht. Deshalb besteht dort ein größeres Interesse an der ökonomischen Stabilisierung und damit der Möglichkeit profitabler Geschäfte als an weiteren Kriegen. Diese Kooperationstendenzen gilt es besonders gegen die aggressive Politik der USA und ihrer osteuropäischen Partner zu stärken, auch durch Initiativen, die die traditionelle Brückenfunktion der Ukraine zwischen Ost und West betonen. Ziel muss ein umfassender Waffenstillstand und die Dislozierung von Waffen und Truppen sein. Das heißt auch (bei allen Widersprüchen) die Stärkung des OSZE-Einsatzes in der Ukraine.

Die Entwicklung einer „Road Map“ für den Frieden ist die Herausforderung. Sie beinhaltet u.a.:

- Die Ukraine wird nicht Mitglied der NATO
- Ökonomische Zusammenarbeit nach West und Ost auf einer neu auszubalancierenden Grundlage
- Dislozierung und Reduzierung des Militärpotentials aller Seiten, Abzug aller ausländischen Truppen, d.h. Russlands und der NATO
- Die Volksrepubliken Donezk und Lugansk bleiben Teil der Ukraine
- Föderale Lösungen und Dezentralisierung für die gesamte Republik, besonders für den Osten
- Wiederherstellung aller Grund- und Menschenrechte in allen Landesteilen

Die Konzentration auf militärpolitische Anforderungen ergibt sich aus den Gefahren des Bürgerkrieges hin zu einem europäischen Krieg. Dabei ist eine Lösung der Konfliktdynamik ohne eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung nicht möglich.

Eine Kooperation darf auch nicht an den nicht zu lösenden Differenzen um den Status der Krim scheitern. Wie in den 70er Jahren der Entspannungspolitik können Probleme, die zur Zeit nicht lösbar sind, ausgeklammert werden. Eine internationale Diskussion über das Verhältnis von Selbstbestimmung, Session und Annexion und den Bedingungen des internationalen Völkerrechts ist notwendig – aber ohne Doppelmoral.

3. Die sich selbst Volksrepubliken nennenden politischen Gebilde in der Ostukraine müssen umfassend und gleichberechtigt in einen Entwicklungsprozess hin zum Frieden einbezogen werden, sie sind eigenständige Verhandlungspartner. Auch von Ihnen ist die umfassende Anerkennung von Minsk II immer wieder zu verlangen. Russland ist ein eigenständiger Verhandlungspartner mit eigenen Interessen, die sich nicht unbedingt mit denen der ostukrainischen Volksrepubliken decken. Neue Formen der Föderation oder der Autonomie sind trotz allem kriegsbedingten Hass möglich und werden von der großen Mehrheit der Bevölkerung in allen Teilen des Landes befürwortet – sie müssen aber gegen die starken rechtsradikalen und nationalistischen Kräfte durchgesetzt werden (und diese reichen bis in die Regierung).

Verantwortlichkeiten müssen benannt werden, aber die Dämonisierung (Blaming and Bashing) Russlands muss ebenso aufhören wie der Wirtschaftsboykott, mit dem sich die EU zunehmend ins eigene Fleisch schneidet. Die Aufhebung der unsinnigen Sanktionen – oder glaubt jemand ernsthaft, Russland, das Napoleon und (zusammen mit den andern Sowjetrepubliken) den Faschismus besiegt hat - würde sich dadurch von der eigenständigen Interessenpolitik abbringen lassen? Die Aufhebung der unsinnigen Sanktionen sollte als Verhandlungsangebot übermittelt werden. Eine solche Aufhebung könnte ein Angebot zur Kooperation zwischen dem Westen und Russlands sein, ein

weiteres Zeichen nach den Iran- Vereinbarungen, dass Kooperation für den Frieden möglich und sinnvoll ist. Weitere Schritte des Westens sind dringend notwendig: dazu gehören politische Signale, keine weitere Osterweiterung der NATO anzustreben und das Raketenabwehrsystem nicht zu errichten. Was heute noch Zukunftsmusik zu sein scheint, kann auf dem Weg der Kooperation doch Realität werden. Politik ermöglicht immer auch wieder qualitative Sprünge zum Besseren.

4. Diese Zielvisionen dürfen nicht vergessen machen, dass der Ukraine-Konflikt nach wie vor eine große Dynamik hin auch zu einem großen Krieg beinhaltet. Die Konfrontation zwischen USA und Russland, das Spielen mit Atomwaffenoptionen bzw. Androhung des eigenen Strebens nach Atomwaffen, das destabilisierende Raketenabwehrsystem der USA, das direkte Gegenüberstehen der Truppen von Ost und West, die permanente Aufrüstung, die extensiven Manöver, das nach vorne Stationieren von Truppen und das Feindbildklima können Dynamiken entwickeln, die aus Versehen oder bei Provokationen schnell zu einem nicht vorstellbaren Desaster führen können. Die Friedensbewegung bleibt gefordert, mit Aktionen gegen die Kriegsgefahr und die Rolle, die NATO und auch Deutschland dabei spielt, aufzuklären und verstärkt auch zu mobilisieren. Aber auch in der Ukraine ist eine zivile Konfliktbearbeitung möglich. Sie verlangt die Anerkennung der Politik der gemeinsamen Sicherheit als Grundlage von Verhandlungen und Mediation.

5. Deshalb sind Initiativen der Friedensbewegung und anderer sozialer Gruppen im Sinne der internationalen Solidarität mit den Friedensbewegten, den Müttern gegen den Krieg, den kleinen linken Gruppen, den Deserteuren, allen die Entspannung und Versöhnung wollen, unabdingbar und verstärkt notwendig. Dazu gehört auch, dass wir alles tun, die Illegalisierung dieser Organisationen durch die Regierung der Ukraine durch breite Protestbewegungen zu verhindern. Notwendig sind „Brückeninitiativen“ aus der Ukraine und dem Westen, die eine Unterstützung für die berechtigten Friedenspositionen, aber auch für soziale und demokratische Prozesse ermöglichen. Demokratie gegen starke rechtsradikale Praktiken zu verteidigen oder zu erreichen, ist niemals eine nur nationale Angelegenheit.

In dem gesellschaftlichen Klima, in dem Patriotismus als sehr hoher Wert gehandelt wird, sind Initiativen gegen den Krieg stark gefährdet. Wer oppositionell denkt, wird sich möglicherweise für gewerkschaftliche Rechte, für Kultur oder für den Umweltschutz engagieren. Auf diese Situation sollte von ausländischen Kooperationspartnern Rücksicht genommen werden.

6. Die Ukraine ist schon jetzt in einer bedrohlichen sozialen und ökonomischen Lage. Beim Human Development Index (HDI) rangiert sie auf Platz 84 zwischen Peru und Belize. Der Neoliberalismus, der IWF und auch der Kooperationsvertrag mit der EU gefährden die letzten Reste der noch vorhandenen sozialen und ökonomischen Strukturen. Die Wirtschaftsleistung ist in den letzten zwei Jahren um mehr als 40% zurückgegangen, mehr als 50% der Menschen leben unter der Armutsgrenze, Rentner können kaum überleben, das vorher schon schlechte Bildungs- und Sozialsystem ist weiter geschwächt worden. Ukraine ist weiterhin durch den Einfluss der Oligarchen geprägt, die aus den

Rüstungsgeschäften große Gewinne erzielen. Zu der West-Ost-Brücke wird auch gehören, dass wir intensiver und umfassender über humanitäre Hilfe nachdenken. „Brücke“ bedeutet aber auch, in unserem Lande dafür zu wirken, dass der Ukraine die Möglichkeiten und die Freiheiten gegeben werden, ökonomische, soziale, kulturelle Kontakte nach Ost und West zu entwickeln. Die EU ist Teil des Problems und bisher nicht Teil der Lösung der ökonomischen und sozialen Probleme. Bestandteil einer solchen Gestaltung der Zukunft muss auch die Lösung der Sicherheitsherausforderungen der Katastrophenreaktoren in Tschernobyl sein und die Abschaltung aller ukrainischen Kernkraftwerke durch eine Umstellung auf nachhaltige Energieproduktion (siehe Studie von Greenpeace aus den 90er Jahren).

7. Ohne die Einbeziehung des Ostens der Ukraine, der Volksrepubliken, in welcher föderalen Form auch immer, wird es keine Entwicklungsfortschritte in der Ukraine geben. Die Überwindung der großen Zerstörungen (oft durch willkürlichen Beschuss ziviler Gebiete durch die ukrainische Armee und als ersten Schritt die Aufhebung der Blockade auch gegen den Osten des Landes, müssen Teil eines umfassenden internationalen Unterstützungsplans für eine soziale Ukraine sein, deren Basis Gerechtigkeit und nicht die Prinzipien des IWF sind.

Die Ukraine steht vor neuen großen Protesten (trotz aller Enttäuschung und Resignation gibt es jetzt schon welche, die von der Regierung fast vollständig verschwiegen werden). Diese zu unterstützen, ist eine Aufgabe der sozialen Bewegungen. Die Oligarchen werden kaum freiwillig auf ihre Pfründe verzichten.

8. Friedensarbeit heute heißt nicht nur, der NATO-Politik und auch der Politik der Bundesregierung immer wieder aktiv entgegen zu treten, sondern heißt auch, eine Entspannungspolitik von unten mit zu entwickeln. Es heißt, enge internationale Solidarität in gemeinsamem Handeln mit denen in der Ukraine zu entwickeln, die ähnlich wie wir denken und handeln. Notwendig ist ein (gesamt)ukrainisches Dialog- und Konfliktbearbeitungsforum, das wahrscheinlich nicht ohne internationale Mediation auskommen wird. Es muss offen für alle sein, sollte aber mit denen beginnen, die den Dialog schon jetzt führen wollen. Ein nationaler Versöhnungsprozess ist unabdingbar und Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen als Schuld anerkannt und ausgesprochen werden.

Politisch kann nur eine Überwindung der Oligarchenherrschaft und eine Politik der sozialen Gerechtigkeit dazu beitragen, die Gefahren von Rechts zu überwinden und in der Ukraine eine Demokratie, die diesen Namen verdient, zu etablieren. Dies kann nur durch die Menschen des Landes selber erwirkt werden.

Die kriegsablehnenden Menschen müssen – national und international - enger zusammenarbeiten – eine Herausforderung vor dem Herbst/Winter 2015/2016, der für die Menschen in der Ukraine ein Herbst/Winter eines schrecklichen Überlebenskampfes gegen Krieg und neoliberale Zerstörung werden wird.

Reiner Braun ist Geschäftsführer der internationalen und der deutschen Sektion der IALANA.



INTERNATIONAL PHYSICIANS FOR THE PREVENTION OF NUCLEAR WAR

66-70 UNION SQ. #204, SOMERVILLE, MA 02143, USA
T: +1.617.440.1733 F: +1.617.440.1734 WWW.IPPNW.ORG

August 5, 2015

President Barack Obama
The White House
1600 Pennsylvania Ave.
Washington, DC 20001
The United States

President Vladimir Putin
23, Ilyinka Street
Moscow, 103132
Russia

Dear Presidents Obama and Putin:

We write this letter to you in our capacity as co-presidents of International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) because we are deeply concerned about the conflict in Ukraine and the risk that nuclear weapons will be used in this conflict.

As you may know, IPPNW was awarded the Nobel Peace Prize in 1985 for the organization's work in educating the public about the medical effects of nuclear war.

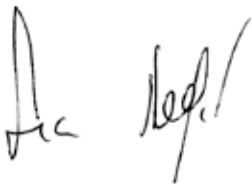
In Ukraine, Russia and the United States, along with its NATO partners, are embroiled in a conflict that threatens us all. Any supplying of military aid to the parties directly involved in the fighting makes this situation more and more dangerous. This conflict cannot be solved by military means. It requires diplomacy, trust and confidence-building measures.

It is time for the United States and Russia to take the lead in defusing this dangerous situation, and it is important for both countries to make clear that this conflict cannot justify the use of nuclear weapons. Both of our countries have nuclear weapons in the region. Both of us plan maneuvers in the region that involve nuclear systems. Deployments of—and talk about the potential use of—these weapons are threats to world peace. Therefore, we implore you to immediately desist from any threats or behavior that involve nuclear weapons.

Moreover, we urge you to return to the negotiating table and give attention to those agreements that are central to European security: the INF Treaty, the NATO-Russia Founding Act and the CFE Treaty. By strengthening these agreements you will do much to rebuild trust and confidence in the region.

As physicians we have a responsibility to sound a warning when human survival is at stake. It is our belief that the conflict in Ukraine, and the way the US and Russia are reacting to this crisis, have brought us closer to nuclear war than at any time since the height of the Cold War. Please give this your joint consideration and act accordingly. World peace and the very survival of humanity is in your hands.

Sincerely,



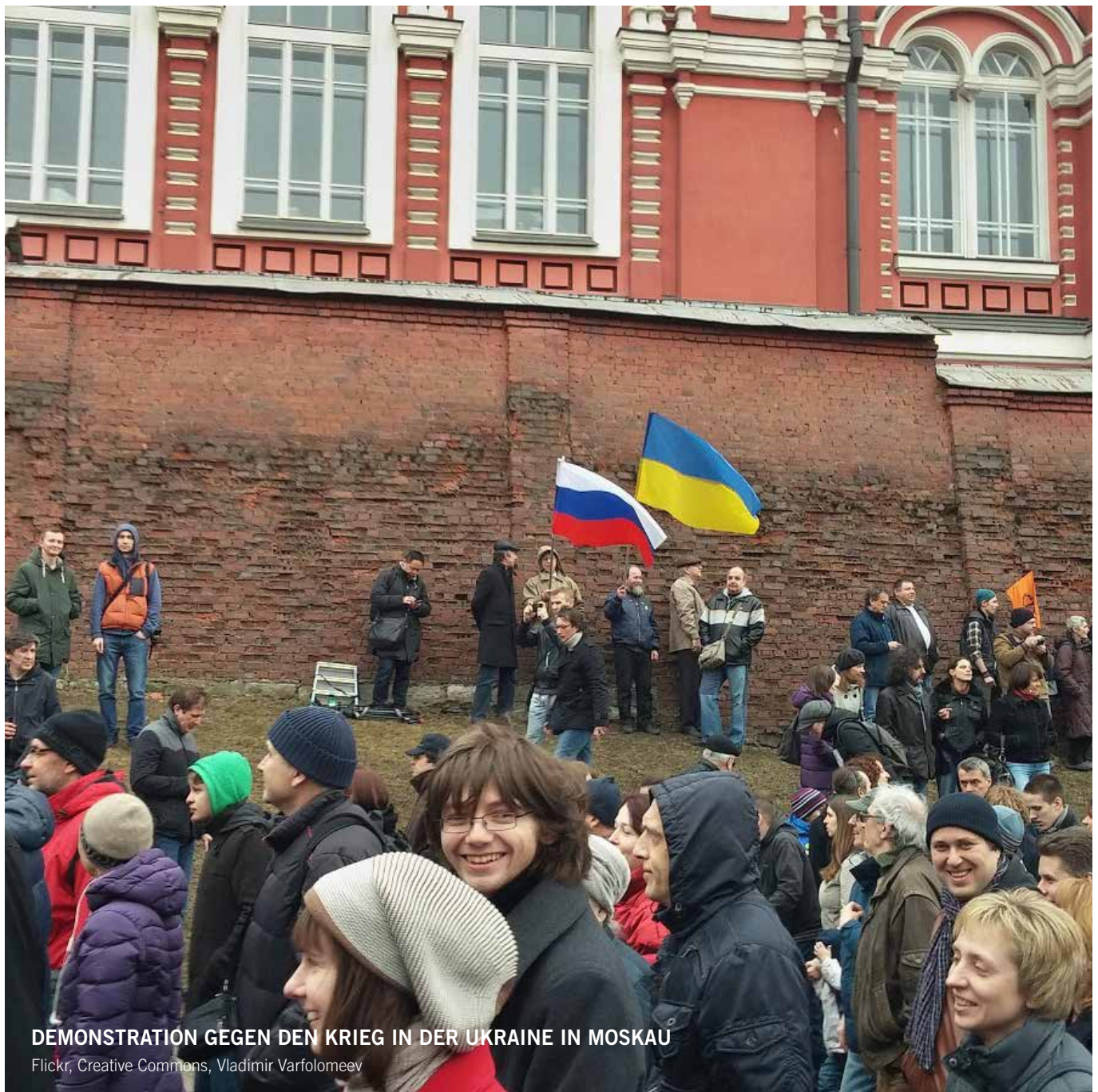
Ira Helfand
Co-president



Vladimir Garkavenko
Co-president

WEITERE EMPFEHLENSWERTE ARTIKEL UND BÜCHER:

- Demütigung als Gefahr, Russland und die Lehren der deutschen Geschichte, Erhard Eppler
In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2015,
<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2015/juli/demuetingung-als-gefahr>
- Jürgen Wagner (Imi): „Expansion – Assoziation – Konfrontation, EUropas Nachbarschaftspolitik, die Ukraine und der Neue Kalte Krieg gegen Russland, Broschüre: IMI-Studie 2015/06, 26. Juni 2015
<http://www.imi-online.de/download/Ukraine-Broschuere-web.pdf>
- „Russland verstehen - Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens“, Gabriele Krone-Schmalz, August 2015, ISBN 978-3-406-67525-6
- Wir sind die Guten: Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren
1. September 2014, Mathias Broeckers/Paul Schreyer, ISBN 978-3-86489-080-2
- Wiederkehr der Hasardeure: Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914 und heute
Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer, 21. August 2014, ISBN 978-3-943007-07-7



DEMONSTRATION GEGEN DEN KRIEG IN DER UKRAINE IN MOSKAU

Flickr, Creative Commons, Vladimir Varfolomeev

HERAUSGEGEBEN VON:

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) Sektion Deutschland, Körtestraße 10, 10967 Berlin, Telefon: 030 / 69 80 74 0, Fax 030 / 693 81 66, E-mail: ippnw@ippnw.de, www.ippnw.de;

Redaktion: Susanne Grabenhorst, Angelika Wilmen

Layout: Angelika Wilmen

Fotos: Titelfoto: UNHCR/Andrew McConnell, S. 4, 17, 21 Flickr, Creative Commons, Vladimir Varfolomeev, Demonstration gegen den Krieg in der Ukraine in Moskau, Grafiken, S. 13+14, Wikipedia



IPPNW steht für "International Physicians for the Prevention of Nuclear War". Wir engagieren uns für eine Welt ohne atomare Bedrohung und Krieg, wurden 1985 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet und sind in über 60 Ländern aktiv.